

Arbeitskreis Konjunktur des IWH

Article

Konjunktur aktuell: Binnenwirtschaft trägt Konjunktur in Deutschland

Konjunktur aktuell

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Arbeitskreis Konjunktur des IWH (2014) : Konjunktur aktuell: Binnenwirtschaft trägt Konjunktur in Deutschland, Konjunktur aktuell, ISSN 2195-8319, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 2, Iss. 1, pp. 3-35

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/140947>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Konjunktur aktuell: Binnenwirtschaft trägt Konjunktur in Deutschland*

Arbeitskreis Konjunktur des IWH**

Zum Ende des Jahres 2013 expandiert die Weltproduktion in einem Tempo, das in etwa dem Durchschnitt der vergangenen Jahrzehnte entspricht. Im Jahr 2014 dürfte die gegenwärtige konjunkturelle Dynamik in etwa gehalten werden. In den USA wird die Konjunktur voraussichtlich deutlich anziehen. Die Wirtschaft des Euroraums dürfte sich weiter langsam erholen, denn die Dämpfung von Seiten der Finanzpolitik lässt deutlich nach, und die Schrumpfungsprozesse laufen langsam aus.

In Deutschland setzt sich der im Frühjahr begonnene binnenwirtschaftliche Aufschwung fort. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2013 zwar nur um 0,4% zunehmen (66%-Prognoseintervall: 0,3 bis 0,5%). Insgesamt weist die deutsche Wirtschaft aber eine gute Konstitution auf. Die Erwerbstätigkeit ist auch wegen arbeitsmarktbedingter Zuwanderung aus Europa auf einem historischen Hoch und die realen verfügbaren Einkommen steigen beschleunigt. Die binnenwirtschaftlichen Expansionskräfte dürften deshalb nach dem mäßigen Winterbeginn wieder stärker an Boden gewinnen. Dieses Gesamtbild bleibt auch für den weiteren Verlauf von 2014 und 2015 bestimmend. Mit der langsamen Erholung in Europa werden die Exporte an Kraft und Dynamik gewinnen. Angesichts der breit angelegten Belegung der Binnenachfrage werden aber auch die Importe im Prognosezeitraum weiter kräftig zulegen, sodass der Außenhandel wohl per saldo einen negativen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Expansion liefern wird. Alles in allem wird sich die Produktion in Deutschland im Jahr 2014 beschleunigen. Nach einer leichten Unterauslastung der Kapazitäten im Jahr 2013 dürfte die Produktionslücke im Prognosezeitraum positiv ausfallen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion steigt im Jahr 2014 wohl um 1,8% (66%-Prognoseintervall: 1,0 bis 2,7%). Die Verbraucherpreisinflation dürfte in den Jahren 2013 und 2014 bei 1,5% liegen. Die öffentlichen Haushalte werden im Jahr 2013 einen etwas höheren Überschuss aufweisen als im Jahr zuvor. Im Jahr 2014 wird sich der Finanzierungssaldo des Staates trotz der Mehrausgaben für sozialpolitische Maßnahmen und staatliche Investitionen aufgrund konjunkturbedingt beschleunigt expandierender Einnahmen weiter verbessern.

Ansprechpartner: Oliver Holtemöller (Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de)

JEL-Klassifikation: E17, E27, E37, E50, E53, E60, E66, H68

Schlagwörter: Konjunktur, Prognose, öffentliche Finanzen, Weltwirtschaft, Deutschland, Arbeitsmarkt

Tabelle:

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2013 bis 2015

	2013	2014	2015
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
privater Konsum	0,9	1,6	1,8
Staatskonsum	0,5	1,2	1,4
Anlageinvestitionen	-0,6	4,5	4,4
Ausrüstungen	-1,6	5,3	7,0
Bauten	-0,4	3,9	2,8
sonstige Anlagen	3,0	4,9	4,2
inländische Verwendung	0,8	2,1	2,3
Exporte	0,4	4,0	4,1
Importe	1,2	5,0	4,8
Bruttoinlandsprodukt	0,4	1,8	2,0
darunter:			
Ostdeutschland*	0,0	1,4	1,5
nachrichtlich:			
USA	1,7	2,4	2,9
Euroraum	-0,4	1,0	1,4
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Arbeitsvolumen, geleistet	0,6	0,9	0,8
Effektivlöhne je Stunde	2,3	2,4	3,3
Lohnstückkosten ^a	2,1	1,4	2,2
Verbraucherpreisindex	1,5	1,5	1,8
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland)	41 861	42 119	42 428
darunter:			
Ostdeutschland*	5 820	5 825	5 830
Arbeitslose ^b	2 952	2 952	2 904
darunter:			
Ostdeutschland*	661	640	620
	<i>in %</i>		
Arbeitslosenquote ^c	6,6	6,5	6,4
darunter:			
Ostdeutschland*	10,4	10,1	9,8
	<i>% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt</i>		
Finanzierungssaldo des Staates	0,2	0,3	0,5

^a Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^b Nationale Definition. – ^c Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – * Ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat; Bureau of Economic Analysis; Prognose des IWH (Stand: 12.12.2013).

* Dieser Beitrag wurde am 12. Dezember 2013 abgeschlossen und als IWH-Pressemitteilung 40/2013 veröffentlicht.

** Hans-Ulrich Brautzsch, Katja Drechsel, Oliver Holtemöller, Martina Kämpfe, Tobias Knedlik, Axel Lindner, Brigitte Loose, Jan-Christopher Scherer, Birgit Schultz, Götz Zeddiess.

Internationale Konjunktur

Stabilisierung der Weltkonjunktur im Jahr 2013

Zum Ende des Jahres 2013 expandiert die Weltproduktion in einem Tempo, das in etwa dem Durchschnitt der vergangenen Jahrzehnte entspricht. Damit hat sich die internationale Konjunktur im Verlauf des Jahres 2013 von der Schwächephase im vergangenen Winter erholt. In der ersten Jahreshälfte besserte sich die Lage in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften: In den USA ließen die dämpfenden Wirkungen der restriktiven Finanzpolitik nach, in Japan stieß die neu ausgerichtete Wirtschaftspolitik einen Aufschwung an, und die Rezession im Euroraum ging zu Ende. Zugleich schwächelten allerdings alle großen Schwellenländer. Mittlerweile hat aber vor allem die chinesische Konjunktur wieder deutlich an Schwung gewonnen, und in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften hat sich die konjunkturelle Grundtendenz in etwa gehalten. In der zweiten Jahreshälfte 2013 dürfte auch der Welthandel wieder etwas beschleunigt zugelegt haben. Allerdings expandiert er gegenwärtig wie schon seit zweieinhalb Jahren mit etwa 3% pro Jahr ähnlich schnell wie die Weltproduktion und damit erheblich langsamer als in den vergangenen Jahrzehnten.

Die Indikatoren für die Stimmung im Unternehmenssektor sind im Herbst zumeist gestiegen. Die Finanzmärkte sind vielerorts sogar ausgesprochen optimistisch. Indizes für die Kurse auf den Weltaktienmärkten steigen schon seit Mitte 2012 im Trend stark an, und Optionspreise für Wertpapiere, die an europäische oder US-amerikanische Aktienindizes gebunden sind, zeigen, dass die Anleger für die nähere Zukunft eine geringe Volatilität erwarten. Bei der Bewertung von Aktien in den Schwellenländern hat es allerdings im Sommer deutliche Einbrüche gegeben, die durch die anschließende Erholung nicht vollständig wettgemacht werden konnten. Hintergrund ist der Verlust an Vertrauen gegenüber einigen Schwellenländern, die Leistungsbilanzdefizite in größerem Umfang aufweisen. Denn die Finanzinvestoren erwarten, dass es diesen Ländern schwerer fallen wird, Kapital zu akquirieren, wenn die Zinsen in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften im Zuge der dortigen Erholung steigen werden. Betroffen sind vor allem Brasilien, die Türkei, Indien und Indonesien. Die Wechselkurse der Währungen dieser Länder sind auch nach einer zwischenzeitlichen Erholung im September bis zuletzt volatil geblieben.

Wenn sich die Weltwirtschaft im Jahr 2013 dennoch insgesamt stabilisiert hat, liegt dies auch an der ruhigen Entwicklung an den Rohstoffmärkten. Der Preis für Erdöl ist zwar mit 108 US-Dollar pro Barrel (Sorte Brent) im historischen Vergleich hoch, er ist aber schon seit über einem Jahr in etwa konstant, ebenso wie der HWWI-Index für Industrierohstoffe. Die Nahrungsmittelpreise sind sogar deutlich (um über 20% nach dem HWWI-Index) gefallen. Weil die Rohstoffpreise kurzfristig starken Einfluss auf die Dynamik des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus haben, sind die Inflationsraten vielerorts gefallen, in den USA und im Euroraum im Oktober sogar unter die 1%-Marke.

Erwartungssteuerung in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften, Bemühungen um Struktur-reformen in den Schwellenländern

Geringe Inflationsraten sind aber auch dann zu konstatieren, wenn von der Preisentwicklung bei Energie und Nahrungsmitteln abgesehen wird: Die Kernrate liegt in den USA bei 1,7%, im Euroraum bei 1%. Hauptursache ist die geringe Auslastung der Wirtschaft. Vor allem ist die Beschäftigungslage weiter schlecht, insbesondere im Euroraum, aber auch in den USA. Weil sich aber mit der konjunkturellen Belebung im Verlauf des Jahres 2013 die Wachstumsaussichten für die fortgeschrittenen Volkswirtschaften wieder etwas aufgehellt haben, sind auch die mittelfristigen Zinserwartungen wieder etwas gestiegen. Die Notenbanken der USA, des Euroraums, Großbritanniens und Japans versuchen, einem Zinsanstieg entgegenzuwirken, indem sie sich für einen längeren Zeitraum auf ihren gegenwärtigen expansiven Kurs festlegen oder (im Fall der US-Notenbank) eine nur vorsichtige Rückführung der expansiven Maßnahmen in Aussicht stellen. Allerdings ist der Anstieg der Zinserwartungen für Zeiträume von über zwei Jahren besonders hoch ausgefallen, und die Chancen, sich für so lange Zeit glaubwürdig an eine bestimmte Politikausrichtung zu binden, sind gering. Einen kleinen expansiven Spielraum im Rahmen konventioneller Geldpolitik konnte im Jahr 2013 nur noch die Europäische Zentralbank (EZB) ausschöpfen; sie hat im Mai und im November den Leitzins auf zuletzt 0,25% gesenkt.

Während die Geldpolitik im Jahr 2014 in allen fortgeschrittenen Volkswirtschaften expansiv bleiben wird, ist die Finanzpolitik uneinheitlich und in ihrer konjunkturellen Wirkung zum Teil schwer einzuschätzen: In den USA belastet vor allem die

Unsicherheit über den finanzpolitischen Kurs die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, denn schon Anfang 2014 müssen sich die beiden zerstrittenen Parteien erneut im Kongress auf Gesetze einigen, die eine Finanzierung des Bundeshaushalts und eine Erhöhung des Schuldenstandes ermöglichen.

Allerdings hat Mitte Dezember 2013 ein vorläufiger Kompromiss zwischen Verhandlungsführern der beiden Parteien eine grundsätzliche Einigung wahrscheinlicher gemacht. Zudem sorgen Schwierigkeiten bei der Implementierung der Gesundheitsreform für Verunsicherung. Für den Euroraum ist absehbar, dass die Finanzpolitik im Jahr 2014 nur wenig restriktiv wirken wird. So hat die Europäische Kommission im November 2013 Haushaltsentwürfe der Mitgliedsstaaten gebilligt, die deutlich geringere Konsolidierungsbemühungen implizieren als in den Stabilitätsprogrammen vom Frühjahr 2013 vorgesehen. In Japan wird im April 2014 die Konsumsteuer um drei Prozentpunkte auf 8% erhöht und die Wirtschaft damit einem erheblichen restriktiven Schock ausgesetzt. Es ist schwer abzuschätzen, ob das angekündigte umfangreiche Konjunkturprogramm seinen Zweck erfüllen und einen erheblichen Teil der Dämpfungseffekte abfedern wird.

Die Wirtschaftspolitik in den Schwellenländern hat ihren Fokus derzeit weniger auf der Prozesssteuerung durch Geld- und Finanzpolitik als auf der Bewältigung struktureller Probleme. Denn die Verlangsamung der Wachstumsdynamik in vielen Schwellenländern (darunter in allen BRIC-Staaten) ist – auch für die dortige Wirtschaftspolitik ersichtlich – auf strukturelle Schwächen zurückzuführen. So wird in Russland der Versuch unternommen, das Klima für Investitionen durch Verringerung der Bürokratie zu verbessern, und in China hat der Parteikongress im November marktwirtschaftliche Reformen angekündigt. Im selben Monat hat schließlich der indische Notenbankpräsident eine Öffnung des heimischen Bankensektors auch für ausländische Wettbewerber angekündigt. Für den Prognosezeitraum werden diese Bemühungen freilich die Konjunktur in den Schwellenländern höchstens über eine Verbesserung der Aussichten für Investoren stützen können.

Moderate Weltkonjunktur im Jahr 2014

Die im Allgemeinen aufwärts gerichteten Indikatoren für die Stimmung im Unternehmenssektor lassen darauf schließen, dass das zuletzt etwas erhöhte weltwirtschaftliche Expansionstempo im Winter-

halbjahr gehalten werden kann. In den USA dürfte die Haushaltskrise Ende 2013 zwar einige Produktionsverluste verursacht haben, im Jahr 2014 dürfte die Konjunktur aber deutlich anziehen. Denn die Verschuldung der privaten Haushalte ist relativ zu ihren Einkommen zurückgegangen, die Vermögenswerte sind gestiegen, die Finanzierungsbedingungen sind recht günstig, und die Unternehmen haben in den vergangenen Jahren hohe Rücklagen aufbauen können. Ein kräftiger Aufschwung entwickelt sich aber nicht, denn die finanzpolitische Dauerblockade wird private Haushalte und Unternehmen weiter verunsichern.

Die Wirtschaft des Euroraums dürfte sich weiter langsam erholen, denn die Dämpfung von Seiten der Finanzpolitik lässt deutlich nach, und auch die Schrumpfungsprozesse nach Platzen der Immobilienblase in den Krisenländern laufen langsam aus. Zudem profitieren Volkswirtschaften mit funktionierendem Transmissionsmechanismus zwischen Geldpolitik und Realwirtschaft – etwa in Deutschland und Frankreich – von sehr günstigen Finanzierungsbedingungen. Das gilt freilich nicht für die Krisenländer des Euroraums, denn dort suchen viele Geschäftsbanken ihre Finanzlage zu verbessern, indem sie ihre Eigenkapitalquote durch Rückführung des Forderungsbestands erhöhen. In einer Reihe von Ländern hält auch die hohe Verschuldung von privaten Haushalten und Unternehmen die Ausgabenneigung niedrig. Alles in allem dürfte die Erholung im Euroraum sehr schwach bleiben. Deutlich stärker expandiert der Rest der Europäischen Union, insbesondere Großbritannien. In Japan dürfte die kräftige Erhöhung der Konsumsteuer den Aufschwung ins Stocken bringen. Zudem werden die anregenden Effekte der Abwertung des Yen aus der ersten Jahreshälfte 2013 im Jahresverlauf 2014 geringer. Die Produktion in den Schwellenländern dürfte weiterhin in für diese Ländergruppe nur geringem Tempo zunehmen, auch weil sich die Finanzierungsbedingungen für eine Reihe von Ländern deutlich verschlechtert haben. In dieser Prognose wird zudem unterstellt, dass die Energie- und Rohstoffpreise weiter in etwa stagnieren (mit einem Ölpreis (Sorte Brent) von 112 US-Dollar Ende 2014 und 114 US-Dollar Ende 2015) und sich von dieser Seite die Einkommen in rohstoff-exportierenden Volkswirtschaften, anders als häufig im vergangenen Jahrzehnt, nicht erhöhen. In China dürfte allerdings die etwas höhere konjunkturelle Dynamik vom zweiten Halbjahr 2013 in etwa gehalten werden, und davon profitieren auch die benachbarten Volkswirtschaften. Alles in allem

Tabelle 1:
Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
		<i>Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %</i>						<i>in %</i>		
		2013	2014	2015	2013	2014	2015	2013	2014	2015
Europa	31,6	0,3	1,5	1,9	2,0	1,8	1,8	-	-	-
EU 28	26,6	0,0	1,3	1,7	1,6	1,4	1,4	11,0	10,9	10,6
Schweiz	1,0	1,8	2,0	2,3	-0,2	0,5	0,8	4,4	4,4	4,2
Norwegen	0,8	2,0	2,5	2,8	2,0	1,8	2,0	3,4	3,5	3,5
Russland	3,2	1,8	2,8	3,3	6,6	5,5	5,0	-	-	-
Amerika	36,6	1,8	2,5	2,9	-	-	-	-	-	-
USA	25,9	1,7	2,4	2,9	1,5	1,9	2,2	7,5	6,9	6,4
Kanada	2,9	1,7	2,3	2,6	1,0	1,6	2,0	7,1	7,0	6,9
Lateinamerika ^a	7,8	2,2	2,7	3,3	-	-	-	-	-	-
Asien	31,8	4,9	4,8	4,6	-	-	-	-	-	-
Japan	9,5	1,8	1,6	1,0	0,2	2,3	1,8	4,0	3,9	3,8
China ohne Hongkong	13,1	7,8	7,5	7,3	-	-	-	-	-	-
Südkorea	1,8	2,7	3,3	3,3	1,2	2,0	3,0	3,2	3,2	3,0
Indien	2,9	3,8	4,5	4,8	-	-	-	-	-	-
Ostasien ohne China ^b	4,5	4,3	4,8	5,0	-	-	-	-	-	-
insgesamt^c	100,0	2,3	2,9	3,2	-	-	-	-	-	-
fortgeschrittene Volkswirtschaften^d	70,0	1,1	1,9	2,2	1,3	1,7	1,9	8,3	8,1	7,7
Schwellenländer ^e	30,0	5,1	5,2	5,4	-	-	-	-	-	-
<i>nachrichtlich</i>										
exportgewichtet ^f	100,0	1,2	2,1	2,5	-	-	-	-	-	-
nach dem Messkonzept des IWF ^g	100,0	3,1	3,7	3,9	-	-	-	-	-	-
Welthandel	-	2,3	4,2	4,6	-	-	-	-	-	-

^a Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Venezuela, Kolumbien, Chile. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2011 in US-Dollar. – ^b Gewichteter Durchschnitt aus: Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas). Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2012 in US-Dollar. – ^c Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2012 in US-Dollar. – ^d EU 27, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur. – ^e Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika. – ^f Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2012. – ^g Gewichtet nach Kaufkraftparitäten und hochgerechnet auf den Länderkreis des IWF (World Economic Outlook, September 2013).

Quellen: IWF; Prognose des IWH.

expandiert die Weltproduktion nach vorliegender Prognose im Jahr 2013 um 2,3%, im Jahr 2014 um 2,9% und im Jahr 2015 mit 3,2% (vgl. Tabelle 1).¹ Der Welthandel dürfte wie schon in den Jahren 2012 und 2013 nur wenig schneller als die Weltproduktion zulegen. Das Preisklima wird in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften und auch in den meisten Schwellenländern ruhig bleiben. Dabei

ist unterstellt, dass ein Euro im ganzen Prognosezeitraum 1,35 US-Dollar wert ist.

Regional verteilte Risiken für die Weltkonjunktur

In jedem der großen Wirtschaftsräume wird die Konjunktur gegenwärtig durch jeweils besondere Belastungsfaktoren gedämpft: Im Euroraum sind dies die Probleme von Staatshaushalten und Banken, in den USA der Haushaltsstreit und für eine Gruppe von Schwellenländern mit hohen Leistungsbilanzdefiziten der Verlust an Vertrauen der Finanzinvestoren. Die chinesische Wirtschaft leidet unter mangelhaften Steuerungsmechanismen bei der Auswahl von Investitionsprojekten, besonders im Immobiliensektor. Dass sich die Weltwirtschaft deutlich schwächer entwickelt als hier prognostiziert, ist insbesondere dann zu erwarten, wenn mehrere der Belastungsfaktoren zugleich wesentlich

¹ Die Rate bezieht sich auf den auch von der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose betrachteten Länderkreis, wobei die Zuwachsraten mit dem nominalen Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2012 auf der Basis von Marktwechselkursen gewichtet wurden. Bei Gewichtung mit Kaufkraftparitäten und Hochrechnung auf den Länderkreis des IWF ergeben sich Zuwächse von 3,1% für 2013, 3,7% für 2014 und 3,9% für 2015. Zu den unterschiedlichen Berechnungsmethoden vgl. etwa *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Deutsche Konjunktur erholt sich – Wirtschaftspolitik stärker an der langen Frist ausrichten, Frühjahr 2013*. Halle (Saale) 2013, 11.

an Gewicht gewinnen. So würde etwa eine deutlich schwächere Nachfrage sowohl aus den USA als auch aus China eine wichtige Voraussetzung für eine Erholung des Euroraums, nämlich einen deutlich positiven Expansionsbeitrag von Seiten des Außenhandels, gefährden, und ein Ausbleiben der Erholung in Europa würde wiederum die restliche Weltwirtschaft treffen.

Robuste Expansion in den USA – Finanzpolitik bleibt aber Risikofaktor

Nach verhaltenem Start zu Beginn des Jahres 2013 hat die Ausweitung der Produktion in den USA zuletzt spürbar an Dynamik gewonnen, vor allem die privaten Investitionen stiegen deutlich an. Für das dritte Quartal ergab sich dadurch ein Anstieg des Bruttoinlandsproduktes um 0,9% gegenüber dem Vorquartal. Allerdings ist ein Teil dieses Anstiegs auf einen ungewöhnlich starken Lageraufbau zurückzuführen, der im vierten Quartal zumindest teilweise wieder abgebaut werden dürfte. Weiterhin unter dem Ziel von 2% bewegt sich die Inflationsrate der Verbraucherpreise, sie lag zuletzt bei nur 1%. Zum einen spiegelt dies die nach wie vor unterausgelasteten Produktionskapazitäten wider, zum anderen aber auch gesunkene Energiekosten durch die Erschließung inländischer Quellen („*fracking*“). Die Kerninflationsrate liegt mit zuletzt 1,7% deutlich näher an dem angestrebten Wert von 2%.

Auch der Immobilienmarkt zeigt sich weiter expansiv. So erreichten die Baugenehmigungen für Ein- und Mehrfamilienhäuser den höchsten Stand seit fünf Jahren, und der Case-Shiller-Hauspreisindex steigt weiter an. Von der fortgesetzten wirtschaftlichen Erholung profitiert weiterhin der Arbeitsmarkt, die Arbeitslosenquote sank im Jahresverlauf beständig und lag im November 2013 bei 7,0%. Allerdings sank auch die Partizipationsrate erneut und liegt mit 63% auf sehr niedrigem Niveau. Die Partizipationsrate geht jedoch demographiebedingt bereits seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts zurück, der negative Trend bestand also schon vor der Großen Rezession. Gleichwohl ist die Zahl der Entmutigten, die den Arbeitsmarkt verlassen haben, noch nicht wieder auf Vorkrisenniveau zurückgegangen.

Die Finanzpolitik bleibt weiterhin das zentrale Problemfeld der US-amerikanischen Wirtschaft. Wenngleich die teilweise Schließung von Bundeseinrichtungen im Oktober keine dauerhaften ökonomischen Schäden hinterlassen hat, so werden

sich solche bei Wiederholung der Ereignisse und der damit einhergehenden Verunsicherung des privaten Sektors auf Dauer kaum vermeiden lassen. Nach aktuellem Stand muss die Schuldenobergrenze Anfang des Jahres 2014 erneut erhöht werden, soll ein Zahlungsausfall verhindert werden. Auch herrscht nach wie vor Streit über Änderungen im Haushaltsbudget. Allerdings haben sich die Verhandlungsführer der beiden Parteien im Kongress im Dezember 2013 auf einen Kompromiss geeinigt, der zumindest den Haushaltsstreit vorerst lösen könnte. Danach sollen die vorgesehenen Ausgabenkürzungen durch das *sequester* in den nächsten beiden Jahren abgemildert, aber das Defizit langfristig reduziert werden. Zwar ist der Umfang des Vorschlags gemessen an bereits diskutierten Szenarien eher bescheiden, aber eine Einigung der zerstrittenen Lager wäre in jedem Fall ein großer Fortschritt. Entscheidend wird sein, ob die Parteien den Kompromiss im Kongress auch umsetzen, denn sonst drohen bei ähnlich zerstrittenen Verhandlungen wie zuletzt im Oktober weitere Verwerfungen, insbesondere bei den Investitionen und dem privaten Konsum.

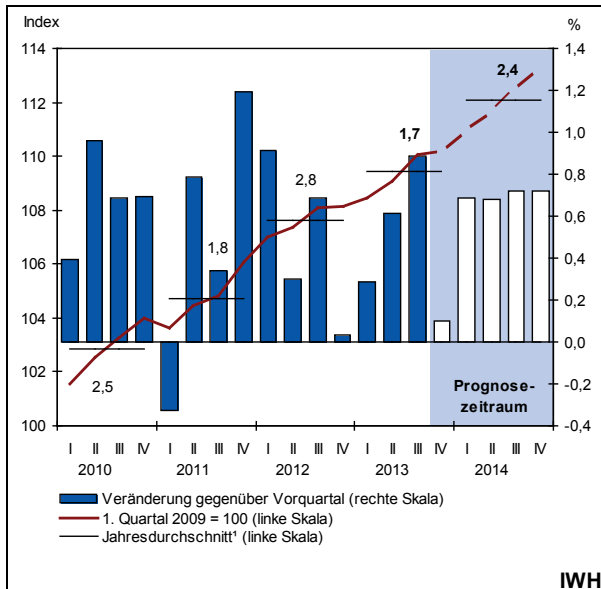
In der Geldpolitik hat die US-Notenbank ihre Anleihekäufe von 85 Mrd. US-Dollar pro Monat im September 2013 entgegen den Erwartungen der Marktteilnehmer zunächst fortgesetzt. Seitdem hat sie sich erfolgreich bemüht, eine mögliche erste Reduzierung der Anleihekäufe von den Erwartungen bezüglich ihrer Leitzinspolitik zu entkoppeln und mit dem so genannten *forward guidance*, also der Erwartungssteuerung bezüglich der zukünftigen Entwicklung der Zinspolitik, die Effekte der Geldpolitik auf die Realwirtschaft zu verstärken. Gleichzeitig mehren sich Aussagen, auch von Notenbank-Präsident Bernanke, die die Vorteile der *forward guidance* gegenüber Anleihekäufen hervorheben und eine Rückkehr zu konventionellen Instrumenten anmahnen. Dies deutet darauf hin, dass die US-Notenbank auf ihrem nächsten Treffen eine erste Reduzierung der Anleihekäufe um einen kleinen Betrag vornehmen könnte. Insgesamt bleibt die Geldpolitik weiterhin sehr expansiv ausgerichtet.

Bei den Frühindikatoren deuten neben den angesprochenen Baugenehmigungen und den steigenden Häuserpreisen vor allem die guten Werte des Einkaufsmanagerindex im Verarbeitenden Gewerbe auf eine stärkere Produktionsausweitung hin. Zudem nahmen zuletzt auch die Auftragseingänge im Produzierenden Gewerbe weiter zu. Zwar verschlechterte sich die Konsumentenstimmung im dritten Quartal 2013 vor allem aufgrund des Haus-

haltsstreits, negative Auswirkungen auf den privaten Konsum ließen sich aber nicht beobachten.

Alles in allem dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2013 um 1,7% zulegen, bevor sich

Abbildung 1:
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA
- Saisonbereinigter Verlauf -



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2013: Prognose des IWH.

Tabelle 2:
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2013	2014	2015
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
reales Bruttoinlandsprodukt	1,7	2,4	2,9
privater Konsum	1,9	2,2	2,5
Staatskonsum und -investitionen	-2,0	-0,2	0,0
private Bruttoanlageinvestitionen	4,4	5,0	7,6
inländische Verwendung	1,5	2,2	2,9
Exporte	2,4	5,2	5,2
Importe	1,5	3,9	4,8
Außenbeitrag ^a	0,1	0,0	-0,1
Verbraucherpreise	1,5	1,9	2,2
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt		
Budgetsaldo ^b	-4,1	-2,9	-2,0
Leistungsbilanzsaldo	-3,0	-3,0	-3,0
	in % der Erwerbspersonen		
Arbeitslosenquote	7,5	6,9	6,4

^a Wachstumsbeitrag. – ^b Bundesstaat, Fiskaljahr.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Prognose des IWH.

der Produktionsanstieg ab 2014 beschleunigen wird. Impulse kommen von den anziehenden Investitionen, die vor allem durch steigende Unternehmensgewinne, günstige Finanzierungsbedingungen und Optimismus bei den Geschäftserwartungen getrieben werden, aber auch von einem boomenden Immobilienmarkt und der immer noch expansiven Geldpolitik. Im Jahr 2014 dürfte das Bruttoinlandsprodukt um 2,4% und im Jahr 2015 um 2,9% zulegen (vgl. Abbildung 1). Dadurch wird die Arbeitslosenquote weiter sinken, in der Jahresbetrachtung 2013 dürfte sie 7,5% betragen und dann 2014 auf 6,9% bzw. 2015 auf 6,4% zurückgehen. In den Jahren 2014 und 2015 dürfte das Bruttoinlandsprodukt wieder schneller als das Produktionspotenzial zunehmen; daher steigt die Inflationsrate auf 1,9% im Jahr 2014 und 2,2% im Jahr 2015 (vgl. Tabelle 2).

Europäische Union

Auch nach Ende der Rezession schwache Konjunktur im Euroraum

Im Euroraum hat sich die Wirtschaft im Lauf des Jahres 2013 aus der Rezession gelöst. Allerdings war der Produktionszuwachs im dritten Quartal geringer als zuvor (0,1%). Von den größeren Volkswirtschaften expandierte nur die deutsche spürbar, die Produktion in Spanien und in den Niederlanden legte erstmals wieder leicht zu, und in Italien schwächte sich die Rezession weiter ab. In Frankreich ist die konjunkturelle Grundtendenz weiterhin stagnativ.

Im Euroraum insgesamt ging der Produktionsanstieg zurück, weil die Exporte im dritten Quartal kaum expandierten. Die Nachfrage von der Binnenwirtschaft hat dagegen das ganze Sommerhalbjahr über leicht zugelegt, die Investitionen zuletzt sogar etwas verstärkt. Der Verbrauch der privaten Haushalte hat sich, nach fast zwei Jahren des Rückgangs, stabilisiert. Weil die real verfügbaren Einkommen bis zuletzt weiter zurückgegangen sein dürften, ging dies auf Kosten der Sparquote der privaten Haushalte. Dabei hat wohl ein Anstieg der Vermögen gestützt. So haben die Finanzvermögen dank der Kursgewinne auf den Aktienmärkten seit dem Sommer an Wert gewonnen; wichtiger ist, dass die Häuserpreise im Euroraum seit dem Frühjahr nicht mehr fallen. Das gilt auch für Länder mit schweren Immobilienkrisen wie die Niederlande.

In Spanien hat sich der Fall der Häuserpreise zuletzt immerhin verlangsamt.

Auch der Rückgang der Beschäftigung dürfte nach eineinhalb Jahren im dritten Quartal 2013 zum Stehen gekommen sein. Die Arbeitslosenquote war zuletzt (Oktober) mit 12,1% nicht höher als im April. Allerdings dürfte dies nicht nur auf den geringen Produktionsanstieg im Sommerhalbjahr, sondern auch auf Beschäftigungsmaßnahmen für arbeitslose Jugendliche in Frankreich zurückzuführen sein. Die Arbeitsmarktlage bleibt jedenfalls in den meisten Mitgliedsländern sehr schlecht. Je nach den institutionellen Rahmenbedingungen wirkt dies mehr oder weniger dämpfend auf die Löhne: Während die Stundenlöhne in der gewerblichen Wirtschaft in Frankreich und Italien im ersten Halbjahr 2013 noch um etwa 2% zugelegt haben, stagnierten sie in etwa in Spanien, Portugal und den Niederlanden.

Die geringen und zumeist langsam sinkenden Lohnzuwächse dämpfen auch die Preisdynamik im Euroraum. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex lag im November nur 0,9% über seinem Vorjahreswert, im Sommer waren noch etwa 1½% zu verzeichnen gewesen. Dabei spielt aber auch eine Reihe von Sondereffekten eine Rolle: So ist der unmittelbare Effekt der Mehrwertsteuerhöhung in den Niederlanden vom Oktober 2012 auf die Inflationsrate ausgelaufen. Auch hat der Euro deutlich aufgewertet (er lag im Oktober real effektiv etwa 5% höher als zwölf Monate zuvor), und die Weltmarktpreise für Energie haben stagniert. Die um Energie- und Nahrungsmittelpreise bereinigte Kernrate liegt bei 1%.

Monetäre Bedingungen im Euroraum entspannen sich

Am 7. November 2013 senkte die Europäische Zentralbank (EZB) überraschend den Leitzins um 0,25 Prozentpunkte auf den historischen Tiefstand von 0,25%. Auch der Zinssatz der Spitzenrefinanzierungsfazilität sank um 0,25 Prozentpunkte auf nunmehr 0,75%, während der Satz für die Einlagenfazilität bei 0% verblieb. Damit verbilligte sich die Refinanzierung der Banken über das Eurosystem nochmals. Gleichzeitig hielt die EZB an ihrer Zusage fest, den Leitzins für einen längeren Zeitraum auf dem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau zu belassen. Diese Erwartungssteuerung hat zum Ziel, auch längerfristige Zinsen zu beeinflussen. Die Geldpolitik versucht damit, den zuletzt gesunkenen Inflationserwartungen zu begegnen. Da die

Preiserwartungen im Euroraum auch im Prognosezeitraum kaum steigen werden, sind weitere expansive Maßnahmen der EZB zu erwarten. Fraglich ist, ob die Notenbank nochmals auf eine Zinssenkung zurückgreift oder alternative Instrumente nutzt (siehe „Zur Wirtschaftspolitik: Strukturreformen auch in Deutschland erforderlich!“).

Die Refinanzierung über die Notenbanken wird im Euroraum derzeit vor allem von jenen Banken genutzt, die aufgrund höherer Risiken von einer Refinanzierung über den Interbanken-Geldmarkt ausgeschlossen sind. Diese Banken profitieren damit von der Leitzinssenkung in besonderem Maße. Für Banken, die sich über den Geldmarkt refinanzieren, sind die Kosten zuletzt leicht gestiegen; sie liegen mit einem Zins für besicherte Tages- oder Dreimonatsgeschäfte von deutlich unter 0,1% aber noch immer auf einem außerordentlich niedrigen Niveau. Damit dürfte die Leitzinsänderung vor allem Banken in den europäischen Krisenländern zugutekommen. Das Handelsvolumen an den Geldmärkten (EONIA) hat sich kaum merklich erhöht und die Risikoprämie für unbesicherte Geschäfte bleibt trotz leichten Rückgangs hoch. Aufgrund der bis November 2014 durchzuführenden Überprüfungen großer europäischer Banken durch die EZB dürfte sich das Vertrauen der Banken untereinander erhöhen. Dadurch dürfte sich der Zugang einiger bislang ausgeschlossener Banken zum Interbankenmarkt verbessern. Die im Prognosezeitraum durch eine steigende Nachfrage ausgelöste Erhöhung der Handelsvolumen mag bei gleichzeitigem Angebotsrückgang durch sinkende Überschussliquidität zu steigenden Geldmarktsätzen führen, die allmählich wieder das Niveau des Leitzinses erreichen dürften.

An den Kreditmärkten waren im Jahr 2013 die Zinsen für Neugeschäfte nahezu unverändert. Dadurch begann auch der Abwärtstrend bei der Verzinsung bestehender Kredite auszulaufen. Allerdings dürften die verbesserten Finanzierungsbedingungen für Banken im Zuge der jüngsten Leitzinsänderungen nochmals zu einem leichten Rückgang der Kreditzinsen führen. Zwar erwarten die Banken in Europa laut Bank Lending Survey weiterhin einen Rückgang der Nachfrage nach Unternehmenskrediten, allerdings wird zum ersten Mal seit 2010 wieder eine leichte Belebung der Nachfrage der privaten Haushalte nach Krediten erwartet. Zu einem leicht verbesserten Umfeld für die Kreditnachfrage dürfte auch beitragen, dass sich die Kreditstandards seit über drei Jahren zum ersten Mal wieder etwas lockern dürften (Unternehmenskredite) bzw. nicht weiter verschärft werden (Haushaltskredite). Insgesamt

samt dürfen sich die Bedingungen für Kreditnehmer im Prognosezeitraum damit leicht verbessern.

An den Kapitalmärkten kam es im Zuge sich aufhellender Aussichten im Euroraum und eines absehbaren Endes der langen Rezession zu einem recht deutlichen Anstieg der Umlaufrenditen für Papiere höchster Bonität. Dies kann als ein Indiz dafür angesehen werden, dass die Flucht in sichere Anlagen zurückging. Im vierten Quartal gingen die Renditen jedoch wieder etwas zurück. Insgesamt sind die Kapitalmarktkosten für Emittenten guter Bonität noch immer außerordentlich niedrig. Im Zuge der weiteren Entspannung der Staatsschuldenkrisen im Prognosezeitraum ist davon auszugehen, dass die Umlaufrenditen von Staatsschuldtiteln mit hoher Bonität wieder steigen und sich langsam ihrem langfristigen Niveau annähern.

Die bis zum Sommer 2013 anhaltende, etwa einjährige reale Aufwertungsphase des Euro um insgesamt über 7% stellte einen restriktiven Impuls für die europäische Wirtschaft dar. Der seitdem wieder gestärkte US-Dollar und die sehr moderate Preisentwicklung im Euroraum sorgen nunmehr für einen kaum veränderten realen Wechselkurs. Die derzeitigen Unklarheiten über eine Abschwächung der expansiven Ausrichtung der Geldpolitik in den USA erschweren eine Abschätzung der weiteren Wechselkursentwicklungen. Sollte es jedoch zu einem zwischen Europa (später) und den USA (früher) versetzten Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik kommen, so könnte der US-Dollar gegenüber dem Euro deutlich an Wert gewinnen, was zusätzlich zu den moderaten Preisentwicklungen zu einer realen Abwertung des Euro führen würde.

Insgesamt deuten die jüngsten Entwicklungen auf eine Entspannung der monetären Rahmenbedingungen im Euroraum hin. Die aufgrund der weiterhin niedrigen Preisdynamik wahrscheinlichen zusätzlichen expansiven Maßnahmen der EZB im Prognosezeitraum werden diesen Trend weiter stützen.

Zögerliche Erholung im Jahr 2014

Die seit Frühjahr 2013 stetige Stimmungsaufhellung bei den Unternehmen und seit dem Sommer steigende Auftragseingänge sprechen dafür, dass die Produktion im Euroraum im Winterhalbjahr 2013/2014 auf Expansionspfad bleibt. Die Finanzpolitik dürfte im Jahr 2014 nur noch wenig dämpfen. Darauf deuten Haushaltsentwürfe hin, welche die Mitgliedsstaaten im Herbst 2013 erstmalig der Europäischen Kommission zur Begutachtung vorgelegt

haben. Für den Euroraum würde sich nach diesen Plänen ein Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte von 2,3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt ergeben. In der Summe beinhalten

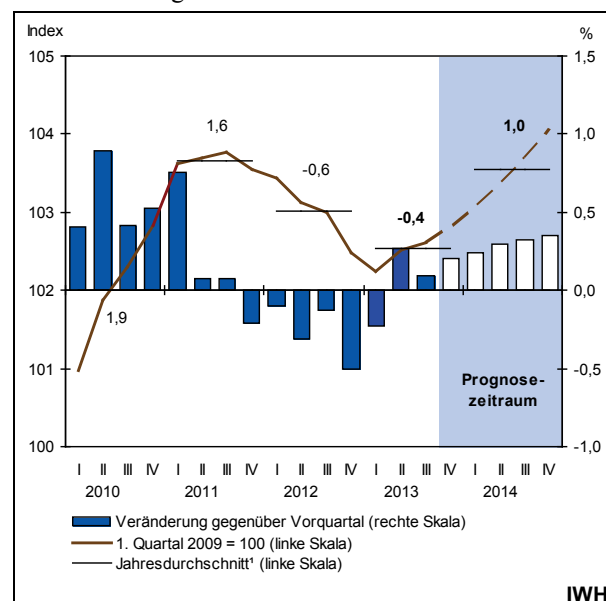
Tabelle 3:
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2013	2014	2015
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
reales Bruttoinlandsprodukt	-0,4	1,0	1,4
privater Konsum	-0,5	0,9	1,1
Staatskonsum	0,3	0,3	0,5
Bruttoanlageinvestitionen	-3,5	1,6	3,9
inländische Verwendung	-0,8	0,9	1,5
Exporte ^a	1,2	4,9	5,8
Importe ^a	0,1	4,8	6,2
Außenbeitrag ^b	0,4	0,1	-0,1
Verbraucherpreise ^c	1,4	1,2	1,2
Lohnstückkosten ^d	1,1	0,7	0,6
	<i>% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukts</i>		
Budgetsaldo ^e	-3,0	-2,6	-2,5
Leistungsbilanzsaldo	2,1	2,0	1,9
	<i>in % der Erwerbspersonen</i>		
Arbeitslosenquote ^f	12,1	12,2	11,9

^a Einschließlich Intrahandel. – ^b Wachstumsbeitrag. – ^c Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ^d Bruttowertschöpfung je Beschäftigten. – ^e Gesamtstaatlich. – ^f Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Prognose des IWH.

Abbildung 2:
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
- Saisonbereinigter Verlauf -



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2013: Prognose des IWH.

die Entwürfe restriktive Maßnahmen im Ausmaß von $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt in Relation zum Bruttoinlandsprodukt des Euroraums.² Allerdings dürfte die tatsächliche Ausrichtung vielerorts, etwa im Fall Deutschlands, etwas expansiver sein. Die vorliegende Prognose beinhaltet ein Defizit von 2,6% für 2014, auch weil ihr ein Produktionszuwachs zugrunde liegt, der um zwei Zehntel Prozentpunkte niedriger ist als in den Haushaltsentwürfen unterstellt.

Das langsame Abebben der Immobilienkrisen in den Niederlanden und in Spanien ist eine Voraussetzung für eine Fortsetzung der Belebung im Euroraum. Nur ein moderater positiver Impuls ist dagegen vom Außenhandel zu erwarten. Zwar wird das etwas höhere weltwirtschaftliche Expansions-tempo die Absatzchancen von Produzenten aus dem Euroraum verbessern, die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft im Euroraum hat aber durch die real effektive Aufwertung des Euro etwas gelitten. Für eine geringe Dynamik der Investitionen spricht, dass die Finanzierungsbedingungen in den Krisenländern des Euroraums schwierig bleiben und in einigen Ländern, zumal in Italien, notwendige Strukturreformen noch kaum vorangekommen sind. Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahr 2013 um 0,4% zurückgehen und im Jahr darauf um 1,0% zulegen, um im Jahr 2015 wiederum nur moderat (um etwa 1,4%) zu steigen (vgl. Tabelle 3 und Abbildung 2). Die Verbraucherpreise steigen im Jahr 2014 mit 1,2% noch einmal langsamer als 2013. Die Arbeitslosigkeit nimmt noch etwas zu, auf 12,2% im Jahresdurchschnitt 2014 (vgl. Tabelle 4).

Aufschwung trotz restriktiver Finanzpolitik in Großbritannien

Im dritten Quartal 2013 expandierte die britische Volkswirtschaft mit 0,8% recht kräftig. Die Konjunktur hat das ganze Jahr über bis zuletzt an Schwung gewonnen, trotz Gegenwind von Seiten der Finanzpolitik: Die Regierung folgt seit dem Jahr 2010 der Regel, dass nach der jährlich vorzulegenden mittelfristigen Finanzplanung der Haushalt in fünf Jahren strukturell ausgeglichen sein muss. Die Umsetzung dieser Planung bringt für die Jahre 2013 und 2014 restriktive Maßnahmen im Ausmaß von etwa 1% im Verhältnis zum Brutto-

inlandsprodukt mit sich. Auch die Auslandsnachfrage gibt der Wirtschaft kaum Impulse: Ein Großteil des Zuwachses, den die Exporteure im zweiten Quartal erzielen konnten, ging im dritten Quartal wieder verloren. Bei den Unternehmensinvestitionen war es in etwa umgekehrt.

Was den Aufschwung antreibt, sind die Ausgaben der privaten Haushalte: Schon seit dem Herbst 2012 steigt der private Konsum deutlich, seit dem Sommerhalbjahr 2013 auch der Wohnungsbau. Die höheren Ausgaben wurden über eine niedrigere Sparquote finanziert, denn erst jüngst steigen die Realeinkommen wieder. Ein Grund für die gestiegene Zuversicht unter den Konsumenten ist sicher, dass sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt schon seit dem Frühjahr 2012 (als die Produktion noch stagnierte) nach und nach entspannt. Daneben haben sich auch die Finanzierungsbedingungen verbessert: Die Kreditzinsen für private Haushalte (insbesondere für Immobilienkredite) sinken seit Herbst 2012 deutlich. Seitdem sind auch die Häuserpreise im Trend wieder steigend. Die günstigeren Finanzierungsbedingungen gehen auf die ausgesprochen expansive Geldpolitik zurück: Der Leitzins beträgt seit dem Jahr 2009 0,5%. Die Bank von England kauft in großem Umfang Staatstitel, um die langfristigen Zinsen zu drücken, und sie hat sich (mit einigen Qualifikationen) darauf festgelegt, die expansive Ausrichtung ihrer Politik nicht aufzugeben, bevor die Arbeitslosenquote die 7%-Marke erreicht hat (August: 7,5%). Schließlich gibt sie Geschäftsbanken im Rahmen des *funding for lending scheme* Anreize, mehr Kredite an Private zu vergeben.

Ob der Aufschwung von längerer Dauer sein wird, hängt wohl wesentlich davon ab, wie sich die seit der Großen Rezession enttäuschende gesamtwirtschaftliche Produktivität entwickeln wird. Bleibt sie schwach, dürfte sich die höhere Aktivität schon bald in anziehenden Preisen niederschlagen. Allerdings ist die Inflationsrate zuletzt deutlich gefallen (Oktober-Wert für den HVPI: 2,2%), Kapazitätsgrenzen scheinen also noch nicht erreicht. Alles in allem ist mit einem Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion von 2,5 % im Jahr 2014 zu rechnen, nach 1,5 % im Jahr 2013 (vgl. Tabelle 4).

Leichte Belebung der Konjunktur in den mittel- und osteuropäischen Ländern

In den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern der EU war die Konjunktur im Jahr 2013 schwach, sie hat sich aber im Jahresverlauf ein wenig belebt. Die Region profitierte von dem Abebben der Krise

² Vgl. *Communication from the Commission: 2014 Draft Budgetary Plans of the Euro Area: Overall Assessment of the Budgetary Situation and Prospects*. Brüssel 2013.

im Euroraum, erst über einen Zuwachs an Vertrauen und ab dem Sommer auch über etwas höhere Exporte nach Westeuropa. Die Defizite in den Leistungsbilanzen sind gegenüber 2012 deutlich zurückgegangen oder die Überschüsse (etwa Ungarns oder der Slowakei) sind gestiegen. Die Binnennachfrage ist nach wie vor schwach. Dennoch sind die in der Regel hohen Arbeitslosenquoten verbreitet

leicht zurückgegangen. Die Preisdynamik hat sich bei recht stabilen Energiepreisen und Wechselkursen stark verringert: In den Ländern der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechische Republik und Ungarn) lagen die Inflationsraten für die Verbraucherpreise zuletzt bei oder unter 1%. Die Zentralbanken haben auf die Disinflation verschiedentlich, so im Sommer in Polen und mehrmals

Tabelle 4:
Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa
- 2013 bis 2015 -

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ^a			Verbraucherpreise ^b			Arbeitslosenquote ^c		
		<i>Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %</i>								
		2013	2014	2015	2013	2014	2015	2013	2014	2015
Deutschland	20,6	0,4	1,8	2,0	1,6	1,6	1,9	5,3	5,3	5,2
Frankreich	15,7	0,1	0,8	1,4	1,0	1,1	1,0	10,9	11,1	11,2
Italien	12,1	-1,9	0,3	0,8	1,4	1,2	1,0	12,2	12,7	12,5
Spanien	7,9	-1,2	0,5	1,2	1,6	0,5	0,6	26,5	26,3	25,2
Niederlande	4,6	-1,1	0,5	0,9	2,8	1,5	0,9	6,7	7,5	7,5
Belgien	2,9	0,2	1,3	1,5	1,1	1,0	1,1	8,6	9,1	9,0
Österreich	2,4	0,3	1,5	1,8	2,0	1,5	1,7	4,8	4,7	4,3
Griechenland	1,5	-3,8	-0,2	1,8	-0,7	-1,5	-1,4	27,2	26,5	25,0
Finnland	1,5	-0,9	1,4	1,6	2,3	2,1	1,8	8,1	8,2	8,0
Portugal	1,3	-1,6	0,6	1,1	0,5	0,5	0,4	16,5	15,2	14,5
Irland	1,3	-0,4	1,6	2,2	0,6	0,7	1,0	13,2	12,2	11,5
Slowakei	0,6	0,8	1,8	2,9	1,6	1,3	2,0	14,1	13,8	13,5
Luxemburg	0,3	1,8	2,3	1,5	1,7	1,5	1,8	5,7	6,3	6,3
Slowenien	0,3	-2,5	-0,5	0,7	2,3	1,6	1,3	10,4	10,7	10,2
Lettland	0,2	4,5	4,0	3,5	0,7	1,8	2,0	12,0	11,5	10,5
Zypern	0,1	-5,5	-4,0	1,1	0,9	1,0	0,8	16,2	19,0	18,5
Estland	0,1	1,0	2,5	3,5	3,7	3,1	3,3	8,5	8,3	8,1
Malta	0,1	1,5	2,0	2,0	1,0	1,5	1,3	6,4	6,3	6,3
Euroraum insgesamt	73,3	-0,4	1,0	1,4	1,4	1,2	1,2	12,1	12,2	11,9
Euroraum ohne Deutschland	52,8	-0,8	0,7	1,2	1,4	1,0	0,9	14,6	14,7	14,2
Großbritannien	14,9	1,5	2,5	2,3	2,6	2,3	2,3	7,7	7,4	7,0
Schweden	3,1	0,8	1,5	2,3	0,1	1,0	1,3	8,0	8,0	7,8
Polen	2,9	1,4	2,3	2,7	0,9	1,7	2,2	10,4	10,1	9,8
Dänemark	1,9	0,4	1,5	1,8	0,7	1,2	1,4	6,9	6,7	6,5
Tschechien	1,2	-1,5	1,4	2,2	1,3	1,0	1,5	7,0	7,0	6,9
Rumänien	1,0	2,0	2,5	2,5	3,2	2,3	3,0	7,3	7,0	6,8
Ungarn	0,8	0,5	1,5	2,0	1,9	2,2	2,7	10,4	9,8	9,5
Kroatien	0,3	0,4	1,5	2,0	0,4	1,2	2,0	13,0	13,3	13,1
Bulgarien	0,3	-0,7	0,4	1,4	2,5	1,8	2,2	17,1	16,9	16,5
Litauen	0,3	3,0	3,5	3,8	1,2	2,0	2,4	11,8	10,8	10,0
MOE-Länder ^d	7,9	0,7	1,9	2,4	0,3	0,2	1,1	10,0	9,8	9,5
EU 28 ^e	100,0	0,0	1,3	1,7	1,1	0,9	1,2	11,0	10,9	10,6

^a Die Zuwachsraten sind untereinander nicht voll vergleichbar, da sie für einige Länder um Arbeitstageeffekte bereinigt sind, für andere – wie Deutschland – nicht. – ^b Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ^c Standardisiert. – ^d Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Slowenien, Estland, Polen, Tschechien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Litauen, Lettland. – ^e Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2012 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2012.

Quellen: IWF; Prognose des IWH.

im Jahresverlauf in Ungarn, mit Leitzinssenkungen reagiert. Allerdings werden die Finanzierungsbedingungen in den Ländern nicht nur von der heimischen Geldpolitik, sondern ganz wesentlich von der zurzeit vorsichtigen Geschäftspolitik der supranationalen, vielfach im Euroraum angesiedelten Banken bestimmt, welche den Bankensektor in den meisten Ländern dominieren. Insofern ist die Stärkung des europäischen Finanzsektors durch eine Bankenunion für Mittel- und Osteuropa nicht weniger von Bedeutung als für den Euroraum.

Die Finanzpolitik fährt in der Region vielfach einen ausgeprägten Konsolidierungskurs. Dies galt im Jahr 2013 etwa für die Tschechische Republik und Ungarn. Im Jahr 2014 wird in Polen verstärkt konsolidiert. Trotzdem dürfte sich die Wirtschaft in der Region im Jahr 2014 weiter beleben, freilich nur leicht, denn starke Impulse von außen sind nicht zu erwarten: Die Erholung im Euroraum bleibt zögerlich, und der östliche Nachbar Russland befindet sich zurzeit im Abschwung. Der Produktionszuwachs dürfte im Jahr 2014 1,9% betragen, nach 0,7% im Jahr 2013 (vgl. Tabelle 4).

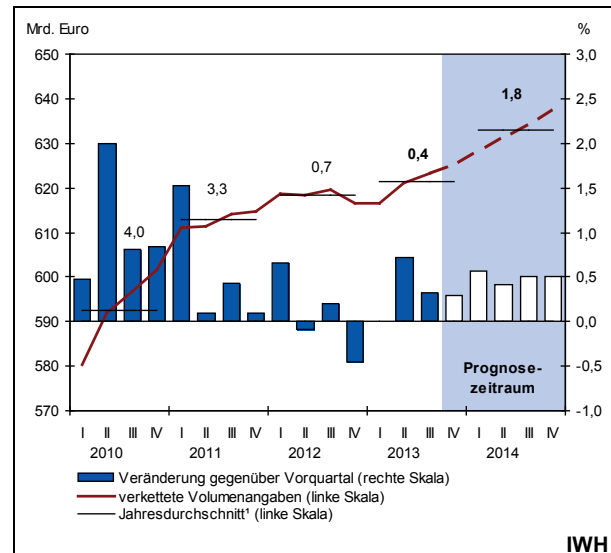
Deutsche Konjunktur

Binnengetriebener Aufschwung wird sich fortsetzen

Nachdem die gesamtwirtschaftliche Produktion in Deutschland bereits im zweiten Quartal 2013 mit 0,7% kräftig ausgeweitet worden war, stieg sie in den Sommermonaten um 0,3% (vgl. Abbildung 3). Ausschlaggebend für die Expansion war erneut die Binnennachfrage. Insbesondere hat sich die im Frühjahr begonnene Erholung der Investitionen – vor allem im Zuge der abnehmenden Unsicherheit über die Zukunft des Euroraums und angesichts immer noch sehr günstiger Finanzierungsbedingungen – fortgesetzt. Die Unternehmen investierten, wenn auch in gemäßigttem Tempo, aber auf breiter Front in Maschinen, Geräte, Fahrzeuge und Bauten. Zudem sind die Investitionen in Wohnbauten und in öffentliche Bauten nochmals kräftig ausgeweitet worden. Der bereits seit einem Jahr aufwärtsgerichtete private Konsum legte leicht zu, Impulse kamen auch vom Staatskonsum. Dagegen konnten die Warenexporte nicht weiter ausgeweitet werden. Das Verarbeitende Gewerbe musste deshalb nach zwei Quartalen in Folge mit Zuwächsen zuletzt wieder Wertschöpfungsverluste hinnehmen. Angeregt durch die wieder zunehmenden Investitionen haben die Importe demgegenüber zugelegt, sodass

der Außenhandel die gesamtwirtschaftliche Leistung im dritten Quartal gedämpft hat (vgl. Tabelle 5).

Abbildung 3:
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2013: Prognose des IWH.

Das Winterhalbjahr 2013/2014 scheint aktuellen Produktionszahlen zufolge schwach zu beginnen.³ Insgesamt weist die deutsche Wirtschaft aber eine gute Konstitution auf. Die Binnennachfrage bleibt im Prognosezeitraum aufwärtsgerichtet, und mit den allmählich zunehmenden Impulsen aus der Welt dürfte die Konjunktur in Deutschland sogar weiter anziehen. Die im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen wurden in wichtigen Grundzügen im Rahmen der vorliegenden Prognose analysiert. Ihre ökonomischen Auswirkungen dürften weniger in der kurzen als in der mittleren Frist liegen.⁴

Nach einem schwachen Winterbeginn dürften die binnenorientierten Expansionskräfte aber wieder an Boden gewinnen, zugleich dürften die Exporte zulegen. So wird die Geschäftslage aktuell von den Unternehmen wieder deutlich besser eingeschätzt; die bis in das Frühjahr 2014 reichenden Erwartungen befinden sich sogar auf dem höchsten Wert seit dem Jahr 2011. Auch der Markt/BME-Einkaufsmanager-Index verbesserte sich weiter und signalisiert mit einem Wert über der 50%-Marke

³ Der Produktionsrückgang im Oktober 2013 dürfte zum Teil auf die auf die Feiertage zu Monatsbeginn bzw. -ende folgenden Brückentage zurückzuführen sein.

⁴ Vgl. Kasten 2 im Beitrag zur Mittelfristprojektion auf Seite 40 und Beitrag zur Wirtschaftspolitik auf den Seiten 41-54.

Tabelle 5:
 Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung^a
 - Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal -

	2012				2013				2014			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
privater Konsum	0,0	0,0	0,3	0,1	0,3	0,6	0,1	0,3	0,5	0,5	0,5	0,5
Staatskonsum	0,4	-0,5	0,6	0,1	0,1	-0,2	0,5	0,4	0,3	0,4	0,2	0,2
Ausrüstungen	-0,4	-3,7	-0,6	-0,3	-1,6	1,2	0,5	1,3	1,1	1,5	1,6	1,6
Bauten	-0,5	-1,0	0,5	-1,0	-2,3	1,9	2,4	1,0	0,7	0,6	0,5	0,5
sonstige Anlagen	-0,1	0,7	1,4	1,1	-0,9	1,5	1,5	1,3	1,1	1,1	1,1	1,1
Vorratsinvestitionen ^b	-0,1	-0,1	-0,3	0,1	0,4	-0,3	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
inländische Verwendung	-0,1	-0,5	0,0	0,0	0,3	0,4	0,7	0,4	0,5	0,5	0,6	0,5
Außenbeitrag ^b	0,8	0,4	0,3	-0,5	-0,2	0,3	-0,4	-0,1	0,0	-0,1	0,0	0,0
Exporte	1,7	1,4	0,5	-1,6	-1,0	2,4	0,1	1,3	1,2	0,7	0,8	0,8
Importe	0,1	0,7	0,1	-0,9	-0,6	1,9	0,8	1,6	1,2	1,1	1,0	0,8
Bruttoinlandsprodukt	0,7	-0,1	0,2	-0,5	0,0	0,7	0,3	0,3	0,6	0,4	0,5	0,5

^a Saison- und kalenderbereinigte Werte; in Vorjahrespreisen. – ^b Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 4. Quartal 2013: Prognose des IWH.

eine konjunkturelle Expansion. Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe sind in der Tendenz gestiegen. Sie deuten auf eine weitere allmähliche Ausweitung der Unternehmensinvestitionen im Inland hin. Die gestiegene Nachfrage aus dem Euro-Raum lässt zudem die Exporte allmählich anziehen. Die Beschäftigung hat saisonbereinigt weiter zugelegt und die realen Einkommen steigen, was sich in einem wieder stärker zunehmenden Konsum der privaten Haushalte niederschlagen sollte. Insgesamt ergibt sich für das vierte Quartal 2013 ein Anstieg des Bruttoinlandsproduktes von 0,3%, sodass der Zuwachs für das gesamte Jahr 2013 0,4% beträgt (arbeitstäglich bereinigt 0,5%, vgl. Tabelle 6).

Tabelle 6:
 Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate
 - in % bzw. Prozentpunkten -

	2013	2014	2015
statistischer Überhang ^a	-0,3	0,6	0,7
Jahresverlaufsrate ^b	1,3	2,0	1,7
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	0,5	1,8	1,8
Kalendereffekt ^c	-0,1	0,0	0,2
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich ^d	0,4	1,8	2,0

^a Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – ^b Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – ^c In % des realen BIP. – ^d Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

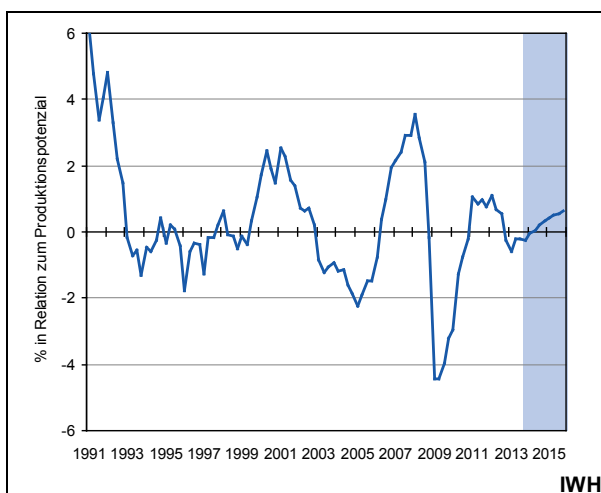
Für den weiteren Verlauf von 2014 und 2015 bleibt dieses aufwärtsgerichtete Gesamtbild bestimmend. Die Zuwachsraten dürften in den Jahren 2014 und 2015 über dem Potenzialwachstum liegen. Dabei bleibt der Aufschwung weiter binnenwirtschaftlich getragen. Die Erwerbstätigkeit ist u. a. angesichts arbeitsmarktbedingter Zuwanderung aus Europa auf einem historischen Hoch und die realen verfügbaren Einkommen steigen beschleunigt. Dies dürfte bei niedrigen Zinsen und gemäßiger Inflation den privaten Konsum befördern. Zudem werden die Investitionen in Ausrüstungen und Bauten bei ausgesprochen günstigen Finanzierungsbedingungen und zurückkehrendem Vertrauen eine feste Stütze der Konjunktur. Mit steigender Kapazitätsauslastung werden die Unternehmen vermehrt in Ausrüstungen und Wirtschaftsbauten investieren; die Investitionen des Staates ziehen – auch angesichts der im Koalitionsvertrag vereinbarten Investitionsausgaben – an. Die Wohnungsbauinvestitionen bleiben kräftig, auch wenn die Einlagen von institutionellen Investoren aufgrund wieder zunehmend attraktiverer Anlagemöglichkeiten außerhalb Deutschlands wohl nicht mehr expandieren. Mit der langsamen Erholung in Europa werden die Exporte an Kraft und Dynamik gewinnen. Angesichts der breit angelegten Belebung der Binnennachfrage werden aber auch die Importe im Prognosezeitraum weiter kräftig zulegen, sodass der Außenhandel wohl per saldo einen negativen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Expansion liefern wird (vgl. Tabelle 7). Alles in allem wird sich nach vorliegender Prognose die Produktion in Deutschland im

Tabelle 7:
Beiträge der Nachfragekomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts
- in Prozentpunkten -

	2013	2014	2015
Konsumausgaben	0,6	1,1	1,3
privater Konsum	0,5	0,9	1,1
Staatskonsum	0,1	0,2	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	-0,1	0,8	0,8
Ausrüstungen	-0,1	0,3	0,5
Bauten	0,0	0,4	0,3
sonstige Anlagen	0,0	0,1	0,0
Vorratsveränderung	0,2	0,1	0,0
inländische Verwendung	0,8	2,0	2,1
Außenbeitrag	-0,3	-0,2	-0,1
Exporte	0,2	2,0	2,1
Importe	-0,5	-2,2	-2,2
Bruttoinlandsprodukt	0,4	1,8	2,0

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Abbildung 4:
Produktionslücke in Deutschland

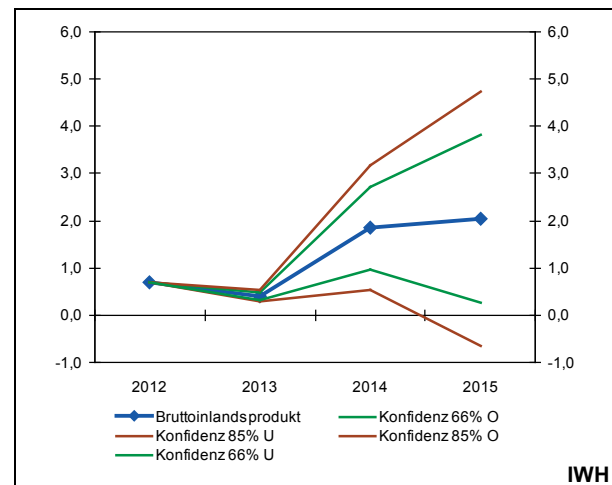


Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2013: Prognose des IWH.

Jahr 2014 beschleunigen. Nach einer Unterauslastung der Kapazitäten im Jahr 2013 dürfte die Produktionslücke im Prognosezeitraum positiv ausfallen (vgl. Abbildung 4). Die gesamtwirtschaftliche Produktion steigt danach im Jahr 2014 um 1,8% und im Jahr 2015 um 2% (arbeitstäglich bereinigt um 1,8% in beiden Jahren, vgl. Tabelle 6). Für das Jahr 2013 reicht das 66%-Prognoseintervall für den Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes von 0,3% bis 0,5%, für das Jahr 2014 von 1,0% bis 2,7% (vgl. Abbildung 5).⁵ Dieses Intervall bezieht sich auf die mit

⁵ Das 66%-Prognoseintervall überlagert die Wachstumsrate mit einer Wahrscheinlichkeit von 66% – sofern das Basis-

Abbildung 5:
Prognoseunsicherheit¹
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -



¹ Zur Berechnung werden die Prognosefehler der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h., die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

dem Basisszenario verbundene Prognoseunsicherheit; es beinhaltet keine Extremrisiken (vgl. dazu Abschnitt „Regional verteilte Risiken für die Weltkonjunktur“ auf Seite 6).

Ostdeutsche Konjunktur zieht nach

Auch Ostdeutschland wird vom Aufschwung profitieren, wenn auch mit Verzögerung. Im Jahr 2013 dürfte die Produktion stagniert haben. Zwei Faktoren hemmten hier bis zum Sommer die Konjunktur: Zum einen litt das Verarbeitende Gewerbe in Ostdeutschland stärker als in Westdeutschland unter der Rezession im Euroraum, weil die im Osten dominierenden Vorleistungsgüterindustrien stärker von der Nachfrage in Europa abhängig sind als Produktionsstandorte im Westen, die häufiger in die ganze Welt liefern. Außerdem brachte die Flutkatastrophe an der Elbe und ihren Zuflüssen Produktionsverluste im zweiten Quartal. So ging die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Halbjahr 2013 zurück. Im zweiten Halbjahr stiegen Umsätze und Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe aber deutlich. Bauwirtschaft und Handwerk profitierten von den flutbedingten Sanierungs-

szenario zutreffend ist. Zur Berechnung werden die Prognosefehler des IWH aus der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben.

arbeiten und von den Fluthilfen. Das dürfte auch für das Jahr 2014 noch eine Rolle spielen. Der gesamtdeutsche Aufschwung und die langsame Erholung der Wirtschaft im Euroraum werden der ostdeutschen Industrie zu Gute kommen, und auch der Wohnungsbau dürfte deutlich expandieren. Allerdings ist das Trendwachstum in Ostdeutschland aufgrund des demographisch bedingten Sinkens des Arbeitsangebots niedriger als in Gesamtdeutschland, und deshalb wird der Produktionszuwachs auch 2014 im Osten (ohne Berlin) um etwa einen halben Prozentpunkt niedriger sein als im Westen. Allerdings ziehen zurzeit mehr Menschen nach Ostdeutschland hin als von Ostdeutschland weg. Zum einen nimmt der negative Saldo der Binnenwanderung gegenüber Westdeutschland seit einigen Jahren ab, zum anderen gibt es eine Nettozuwanderung aus dem Ausland nicht nur nach West-, sondern auch nach Ostdeutschland.

Monetäre Bedingungen in Deutschland weiterhin günstig

In Deutschland liegen sowohl die Zinsen an den Kreditmärkten als auch die Umlaufrenditen an den Kapitalmärkten nach zum Teil gegensätzlichen Entwicklungen zum Jahresende 2013 wieder auf Vorjahresniveau. Die Kreditvolumen entwickelten sich schwach, wobei zuletzt weniger Unternehmenskredite vergeben wurden, während das Volumen der Kredite an private Haushalte etwas zulegte. Die Banken erwarten laut Bank Lending Survey auch künftig nur moderate Zuwächse der Kreditnachfrage. Da aufgrund der derzeit immer noch sehr günstigen Finanzierungsbedingungen für deutsche Banken deren Kosten im Prognosezeitraum eher steigen dürften, nehmen auch die Kreditzinsen in den kommenden Jahren tendenziell zu. Auch die Kapitalmarktrenditen für Schuldtitel bester Bonität werden im Zuge der Entspannung der Schulden- und Vertrauenskrise im Euroraum weiter steigen. Hinzu kommen auch restriktive Impulse von der preislichen Wettbewerbsfähigkeit. In Deutschland bleiben die monetären Rahmenbedingungen damit zwar weiterhin günstig, sie werden aber im Prognosezeitraum eher restriktiver. Auch die erwartungsgemäß nochmals expansivere Ausrichtung der Geldpolitik dürfte daran kaum etwas ändern (vgl. Abschnitt „Monetäre Bedingungen im Euroraum entspannen sich“ auf Seite 9).

Finanzpolitische Rahmenbedingungen: Finanzpolitik auch im Jahr 2014 leicht expansiv ausgerichtet

Wie bereits im Jahr 2013 wird die Finanzpolitik auch im Jahr 2014 expansiv ausgerichtet sein. Hierzu tragen insbesondere die staatlichen Maßnahmen zur Beseitigung der Flutschäden aus dem Sommer 2013 sowie die schrittweise Heraufsetzung der Abzugsfähigkeit von Altersvorsorgeaufwendungen im Rahmen des Alterseinkünftegesetzes bei. Das zum 1. August 2013 eingeführte Betreuungsgeld entfaltet im Jahr 2014 seine volle Wirkung und wird zudem zum 1. August 2014 erhöht. Auch das steuerfreie Existenzminimum wird zum 1. Januar 2014 erneut angehoben. Zudem plant der Bund zusätzliche Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur. Hinzu kommen Leistungsausweitungen bei der gesetzlichen Rentenversicherung, insbesondere durch die Ausweitung der Mütterrente. Deshalb soll der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung nicht gesenkt werden.⁶ Gegenüber dem Vorjahr dürfte sich der expansive Impuls nach derzeitigem Kenntnisstand im Jahr 2014 auf 0,3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt belaufen (vgl. Tabelle 8). Im Jahr 2015 ist die Finanzpolitik annähernd konjunkturneutral ausgerichtet. Auf der einen Seite schlagen die ab Juli 2014 geltenden Leistungsausweitungen bei der Rente erstmals ganzjährig zu Buche. Zudem sind Leistungsausweitungen für Demenzzranke im Bereich der sozialen Pflegeversicherung geplant. Auch das Alterseinkünftegesetz führt zu weiteren Entlastungen. Auf der anderen Seite werden die Leistungsausweitungen im Pflegebereich über Beitragsanhebungen finanziert, die nachfragedämpfend wirken. Auch entfällt ein Großteil der Impulse aus der Beseitigung der Flutschäden.

Robuste Beschäftigungsentwicklung

Trotz der schwachen Produktionsausdehnung hat sich die positive Beschäftigungsentwicklung fortgesetzt. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm im dritten Quartal des Jahres 2013 um 0,2% gegenüber dem Vorquartal zu. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stieg mit 0,3% erneut stärker als die Zahl der Erwerbstätigen. Mehr als

⁶ Sollte der Beitragssatz zu Beginn des Jahres 2014 gemäß den bisherigen gesetzlichen Vorgaben um 0,6 Prozentpunkte gesenkt werden, hätte dies weitere Entlastungen der privaten Haushalte und Unternehmen in Höhe von ungefähr 6 Mrd. Euro jährlich zur Folge.

Tabelle 8:

Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen¹
 - Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (-), in Mrd. Euro gegenüber 2012 -

	2013	2014	2015
Alterseinkünftegesetz	-0,9	-1,8	-2,7
Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums	-0,8	-2,3	-2,5
Beseitigung von Flutschäden	-3,0	-4,0	-1,0
Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden	-0,3	-0,3	-0,3
Unternehmensteuerreformgesetz 2008	-1,3	-1,2	-1,0
Gesetz zur Neuregelung der Kfz-Steuer und Änderung anderer Gesetze	-0,2	-0,2	-0,2
steuerliche Gleichstellung von Lebenspartnerschaften	-0,2	-0,0	-0,1
Erhöhung der Tabaksteuer	0,2	0,4	0,5
Amtshilferichtlinien-Umsetzungsgesetz		0,1	0,3
degressive AfA	0,3	0,1	0,1
Lkw-Maut auf Bundesstraßen	0,1	0,1	0,1
Abschaffung der Eigenheimzulage	0,8	1,1	1,2
Erhöhung der Insolvenzgeldumlage von 0,04% auf 0,15%	0,6	0,6	0,6
Einsparungen bei disponiblen Ausgaben	1,1	1,6	2,1
Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt	0,3	0,3	0,4
Erhöhung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung zum 01.01.2013 um 0,1 Prozentpunkte auf 2,05%	1,1	1,2	1,2
Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung zum 01.01.2012 auf 19,6% und zum 01.01.2013 auf 18,9%	-6,5	-6,6	-6,8
Anhebung der Minijobgrenze von 400 auf 450 Euro	-0,3	-0,3	-0,3
Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der GKV	-0,1	-0,1	-0,1
Pflege-Neuausrichtungs-Gesetz	-1,0	-1,2	-1,3
Förderung privater Pflege-Zusatzversicherungen	-0,1	-0,1	-0,1
Abschaffung der Praxisgebühr	-2,0	-2,0	-2,0
Betreuungsgeld	-0,3	-1,0	-1,1
Änderung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts		-0,2	-0,2
Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes		-0,1	-0,1
insgesamt²	-12,3	-15,9	-13,2
geplante Maßnahmen der neuen Bundesregierung³			
Erhöhung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung zum 01.01.2015 um 0,3 Prozentpunkte auf 2,35%			3,3
Ausweitung von Pflegeleistungen für Demenzerkrankte			-2,0
rentenpolitische Maßnahmen ab 01.07.2014 (Änderungen bei der Mütter- und Erwerbsminderungsrente, abschlagsfreier Renteneintritt mit 63 nach 45 Versicherungsjahren)		-3,7	-7,6
zusätzliche Infrastrukturinvestitionen		-0,5	-1,0
insgesamt²	-12,3	-20,1	-20,5
insgesamt gegenüber 2012 (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	-0,5	-0,7	-0,7
insgesamt gegenüber Vorjahr (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	-0,5	-0,3	0,0

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen; ohne Berücksichtigung der Stützungsmaßnahmen für Finanzinstitute und EWU-Mitgliedstaaten. –
² Differenzen durch Rundungsfehler. – ³ In dieser Prognose ist unterstellt, dass die geplanten Maßnahmen tatsächlich beschlossen und umgesetzt werden.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Kasten 1:

Zur Unsicherheit über die tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes in Deutschland

Die Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden im Laufe der Zeit immer wieder revidiert. Neben den regelmäßigen kleineren Korrekturen nimmt das Statistische Bundesamt von Zeit zu Zeit auch umfangreiche Revisionen vor.^a Die Revisionen gehen auf folgende Ursachen zurück: Im Laufe der Zeit werden neue Informationen verfügbar, die zum Zeitpunkt der Erstveröffentlichung noch nicht vorlagen. So melden Unternehmen beispielsweise erst mit einem gewissen Verzug die genauen Zahlen zu Umsätzen. Jeweils vier Jahre nach der Erstveröffentlichung liegen die wichtigsten Statistiken vor, sodass die Revisionen dann als weitgehend abgeschlossen angesehen werden können. Zudem werden preisbereinigte Zeitreihen im Zeitverlauf – typischerweise etwa alle fünf Jahre – auf eine neue Preisbasis umgerechnet. Letztlich werden die Methoden zur Berechnung der Daten stetig verbessert sowie neue Kenntnisse und Informationen für die Berechnungen genutzt. Gelegentlich werden auch die Abgrenzungen makroökonomischer Zeitreihen im Zeitverlauf angepasst, um die internationale Vergleichbarkeit zu erhöhen. Dies war zum Beispiel im September 2011 der Fall, als die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf die neuen Wirtschaftszweig- und Güterklassifikationen WZ 2008 und GP 2009 umgestellt wurden. Revisionen aus den beiden zuletzt genannten Gründen werden typischerweise alle fünf Jahre durchgeführt, während kleinere Korrekturen der Quartalsdaten mit jeder neuen Veröffentlichung erfolgen. Zudem werden einmal jährlich (im August) die Werte der jeweils letzten vier Jahre und deren dazugehörigen Quartale überarbeitet.^b

Basierend auf der Echtzeitdatenbank der Deutschen Bundesbank sowie eigener historischer Datenstände und Berechnungen wird für die hier vorgestellte Analyse der jeweils aktuelle Datenstand im Veröffentlichungszeitraum Juni 1999 bis November 2013 betrachtet, der jeweils Informationen zurück bis zum ersten Quartal 1991 umfasst.^c Ab dem Jahr 1999 ist somit ein Vergleich zwischen den revidierten Werten und der Erstveröffentlichung (M1) möglich.^d Mit jeder neuen Veröffentlichung kommt eine neue Beobachtung am aktuellen Rand hinzu; die vorherigen Daten seit 1991 werden ggf. revidiert. Tabelle 9 zeigt das Veröffentlichungsschema als Dreiecksmatrix. Jede Spalte enthält unterschiedliche Veröffentlichungsstände („maturities“); beispielsweise enthält der Datenstand zum November 2013 die Erstveröffentlichung (M1) für das dritte Quartal 2013 (2013 Q3), aber auch die 59. Veröffentlichung (d. h. 58. Revision) für das erste Quartal 1999 (1999 Q1).

In Abbildung 6 sind sowohl die kleinsten und größten Werte, als auch die Werte, die in der jüngsten Veröffentlichung im November 2013 ausgegeben wurden, für das jeweilige Quartal dargestellt. Die Revisionsspannweite ist bei den Verwendungskomponenten deutlich größer als beim Bruttoinlandsprodukt.

Die Höhe der Revisionen kann auch anhand der üblichen Revisionsmaße, wie dem mittleren quadratischen Revisionsfehler oder mittleren absoluten Revisionsfehler berechnet werden. Berechnungen ergeben, dass die Revisionen von der Erstveröffentlichung bis zur 17. Datenveröffentlichung bei den Investitionen am höchsten sind.

Tabelle 9:

Revisionsmatrix

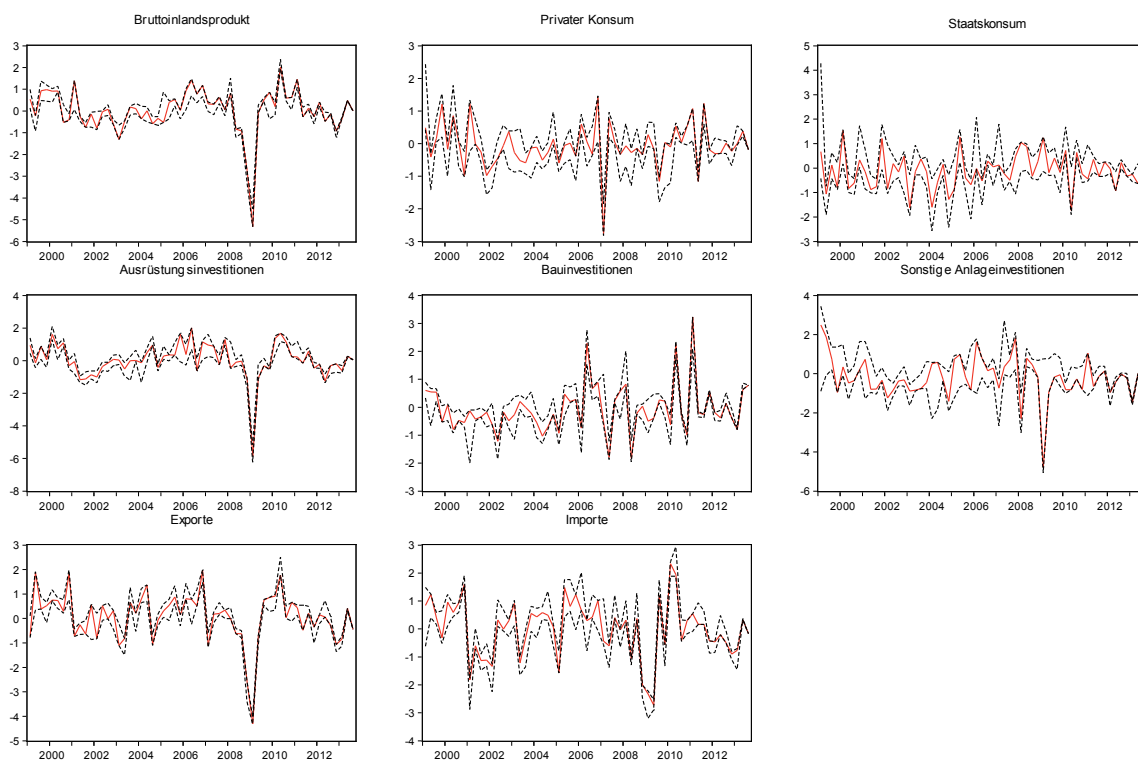
	Veröffentlichungszeitpunkte					
	Jun. 99	Sept. 99	...	Mai 13	Aug. 13	Nov. 13
1999 Q1	M1	M2		M57	M58	M59
1999 Q2		M1		M56	M57	M58
...			...			
2013 Q1				M1	M2	M3
2013 Q2					M1	M2
2013 Q3						M1

Um die mögliche Revisionsspanne abzuschätzen, kann die Methodik des so genannten „Backcasting“ genutzt werden.^e Hierzu werden die Daten ab der 17. Veröffentlichung (16. Revision) als endgültig angesehen. y_t^{t+n} sei die n -te Revision eines Wertes für ein Quartal. Der endgültige Wert wird auf den jeweils zum Veröffentlichungszeitpunkt t aktuellen Wert regressiert: $y_t^{t+16} = c + \beta \cdot y_t^n$ mit $n = 1 \dots 16$ Veröffentlichungsquartalen.

Abbildung 7 zeigt Intervalle, die die endgültigen amtlichen Daten mit einer Wahrscheinlichkeit von 95% überlagern. Sie wurden anhand der oben skizzierten Backcasting-Regression ermittelt. Die Richtung der Revision kann nicht prognostiziert werden, d. h. die amtlichen Erstveröffentlichungen sind nicht verzerrt. Die Unsicherheit über die tatsächlichen Werte ist bei der ersten Veröffentlichung recht hoch und wird im Laufe der Zeit kleiner. Diese Unsicherheit bezüglich des tatsächlichen Verlaufs des Bruttoinlandsproduktes muss bei Betrachtung der Prognoseunsicherheit mit berücksichtigt werden.

^a Zu den allgemeinen Gründen für Revisionen in Deutschland vgl. *Statistisches Bundesamt: Qualitätsbericht Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen VGR*, September 2013-09-12. – ^b Die nächste „große Revision“ steht im Sommer 2014 an. – ^c Vgl. *Deutsche Bundesbank: Echtzeitdatenbank*, Stand: November 2013. – ^d In diesem Jahr wurde eine entscheidende Revision durchgeführt – das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 wurde eingeführt. – ^e Vgl. *Cunningham, A.; Jeffery, C.: Extracting a Better Signal from Uncertain Data*, in: *Bank of England Quarterly Bulletin*, 2007, 3, 364-375. – *Eklund, J.; Kapetanios, G.; Price, S.: Forecasting with a Model of Data Revisions*, Bank of England, unpublished, 2008.

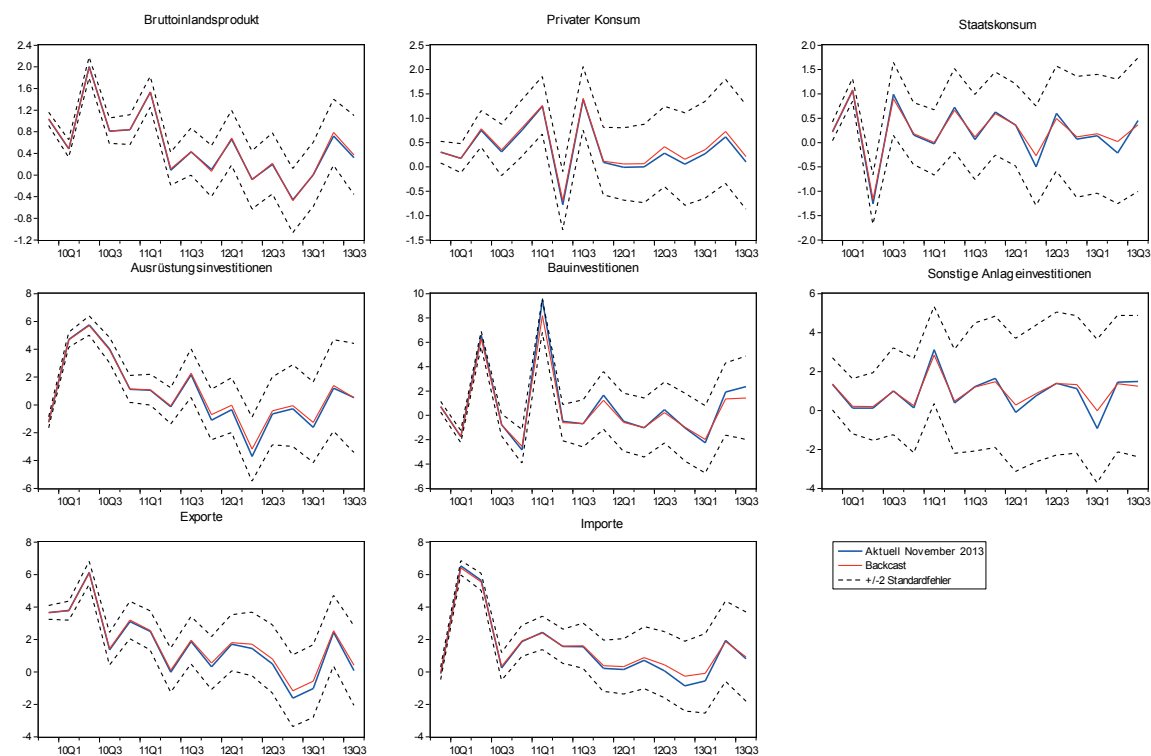
Abbildung 6: Revisionen des Bruttoinlandsproduktes und der Verwendungskomponenten
 - Veränderung gegenüber dem Vorquartal, saisonbereinigt, in % -



Anmerkungen: Rote Linie (Datenstand November 2013), gestrichelte Linien, jeweils Maximum und Minimum der Wachstumsrate für das jeweilige Quartal.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Abbildung 7: Aktuelle Spannweite zu erwartender Revisionen
 - Veränderung gegenüber dem Vorquartal, saisonbereinigt, in % -



Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

die Hälfte der Zunahme von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen waren Teilzeitstellen.⁷ Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen nahm mit 0,6% sehr kräftig zu. Dies ist vor allem auf die erhebliche Ausweitung der geleisteten Arbeitszeit um 0,4% zurückzuführen.⁸

Die registrierte Arbeitslosigkeit nimmt saisonbereinigt seit dem zweiten Quartal 2012 – mit einer kurzen Unterbrechung zu Beginn des Jahres 2013 – leicht zu. Dabei ging im dritten Quartal 2013 die Zahl der Arbeitslosen im Versicherungssystem (SGB III), die in den vorangegangenen fünf Quartalen stetig zugenommen hatte, um etwa 10 000 Personen zurück. Hingegen nahm die Zahl der Arbeitslosen in der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) um 19 000 zu. Offensichtlich haben sich vor dem Hintergrund der konjunkturellen Belebung die Einstellungschancen von kurzfristig Arbeitslosen wieder verbessert. Dass die registrierte Arbeitslosigkeit insgesamt trotz des Anstiegs der Erwerbstätigen zugenommen hat, ist im Wesentlichen auf zwei Ursachen zurückzuführen: Erstens lag die Zahl der durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen geförderten Personen⁹ um 74 000 Personen unter dem Vorjahresstand.¹⁰ Besonders stark nahm die Zahl

der im Rechtskreis SGB III geförderten Personen gegenüber dem Vorjahresquartal ab (–45 000 bzw. –44,5%).¹¹ Hingegen ging die Zahl der geförderten Personen im SGB II nur um 29 000 Personen bzw. 12,0% zurück.

Zweitens nahm trotz der ungünstigen demographischen Entwicklung das Erwerbspersonenpotenzial weiter deutlich zu. Dies ist zum einen auf die weitere Zunahme der Erwerbsbeteiligung – vor allem von Frauen und Älteren – zurückzuführen.¹² Zum anderen stieg das Erwerbspersonenpotenzial infolge der anhaltend hohen Nettozuwanderung weiter an: Im ersten Halbjahr des Jahres 2013 betrug der Wanderungssaldo 206 000 Personen.¹³ Den größten Beitrag hatten – wie im Jahr zuvor – die acht neuen EU-Mitgliedsländer (+66 000 Personen), Bulgarien und Rumänien (+45 000 Personen) sowie die vier südeuropäischen Krisenländer Griechenland, Portugal, Italien und Spanien (+39 000).¹⁴ Die hohe Nettozuwanderung schlägt sich auch in der Zahl der Beschäftigten nieder. Im September 2013 lag die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bzw. ausschließlich geringfügig Beschäftigten aus diesen Ländern um knapp 148 000 Personen über dem Vorjahreswert.¹⁵ Vom gesamten Beschäftigungszuwachs entfielen damit zwei Fünftel auf Personen aus diesen EU-Mitgliedsländern.¹⁶

⁷ Seit September 2013 werden von der Bundesagentur für Arbeit wieder Angaben zu den sozialversicherungspflichtig Voll- und Teilzeitbeschäftigten veröffentlicht. Infolge einer Statistikumstellung lagen diesbezügliche Angaben davor nur bis zum Berichtstermin 30.06.2011 vor. Die Umstellung der Beschäftigungsstatistik hat gezeigt, dass eine nicht unbeträchtliche Zahl von Beschäftigten, die bisher als Vollzeitbeschäftigte gemeldet waren, nunmehr der Gruppe der Teilzeitbeschäftigten zuzuordnen sind. Dadurch wird die Zahl der Teilzeitbeschäftigten zu Lasten der Vollzeitbeschäftigten höher ausgewiesen. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lag demnach am 31.12.2012 bei 25,2%. Die Teilzeitquote zum 30.06.2011, die vor der Statistikumstellung ermittelt wurde, lag bei 19,9%. Vgl. hierzu *Bundesagentur für Arbeit: Neue Erhebungsinhalte „Arbeitszeit“, „ausgeübte Tätigkeit“ sowie „Schul- und Berufsabschluss“ in der Beschäftigungsstatistik*. Nürnberg, Oktober 2013.

⁸ Das Saisonbereinigungsverfahren BV4.1 weist für das dritte Quartal 2013 den Zuwachs des Arbeitsvolumens bzw. der Arbeitsstunden je Erwerbstätigen mit 0,3% bzw. 0,1% deutlich „flacher“ aus als das Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA (0,6% bzw. 0,4%).

⁹ Zu diesen werden hier die Maßnahmen zur Förderung abhängiger Beschäftigung bzw. von Selbstständigkeit sowie die Beschäftigung schaffenden Maßnahmen gezählt.

¹⁰ Die Zahl der Unterbeschäftigten (ohne Kurzarbeit) – auf die sich Veränderungen bei der Arbeitsmarktpolitik definitionsgemäß nicht auswirken – ging im dritten Quartal um 14 000 zurück. Zu den Unterbeschäftigten werden die registrierten Arbeitslosen sowie die Personen gezählt, die nicht als arbeitslos im Sinne des SGB gelten, weil sie Teil-

nehmer an einer Maßnahme der Arbeitsmarktpolitik sind oder einen arbeitsmarktbedingten Sonderstatus besitzen. Beim Konzept der Unterbeschäftigung wird angenommen, dass ohne den Einsatz dieser Maßnahmen die Arbeitslosenzahl entsprechend höher ausfallen würde. Vgl. *Bundesagentur für Arbeit: Umfassende Arbeitsmarktstatistik: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung*. Nürnberg, Mai 2009, 19 ff.

¹¹ Den größten Anteil hatte hierbei der Rückgang der Förderung der Selbstständigkeit. Diese ging um 31 000 Personen bzw. 62,0% zurück.

¹² So lag die Erwerbsbeteiligung der Frauen im zweiten Quartal 2013 bei 54,6%, gegenüber 54,1% im Vorjahresquartal. Die Quote stieg bei Älteren – dies sind hier Personen im Alter ab 50 Jahren – im gleichen Zeitraum von 39,1% auf 40,4%. Vgl. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/search_database.

¹³ Vgl. *Statistisches Bundesamt: Wanderungen über die Grenzen Deutschlands nach Herkunfts- und Zielgebieten*, lfd. Monate.

¹⁴ Vgl. hierzu auch *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Konjunktur zieht an – Haushaltüberschüsse sinnvoll nutzen, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2013*, Abschnitt 6.

¹⁵ Vgl. *Bundesagentur für Arbeit: Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der EU-Schuldenkrise auf den deutschen Arbeitsmarkt. Berichtsmonat: September 2013*. Nürnberg, November 2013.

¹⁶ Zum Vergleich: Vom gesamten Zuwachs der Zahl der registrierten Arbeitslosen in Deutschland zwischen September 2012 und September 2013 kamen 37,9% aus den acht neuen

Tabelle 10:
Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Deutschland 2012 und 2013

	2012	2013	Veränderung	
	in 1 000 Personen		in 1 000 Personen	in %
Arbeitnehmer	37 060	37 357	297	0,8
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	29 005	29 363	358	1,2
Vollzeit	21 731	21 878	147	0,7
Teilzeit	7 274	7 485	211	2,9
geförderte ^a	151	114	-37	-24,3
nicht geförderte	28 854	29 250	396	1,4
ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	4 813	4 794	-19	-0,4
Ein-Euro-Jobs (Variante: Mehraufwandsentschädigung)	129	113	-16	-12,5
sonstige	3 113	3 086	-27,1	-0,9
Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger	4 548	4 505	-43	-0,9
geförderte Selbstständigkeit	77	27	-50	-65,3
Gründungszuschuss	6	4	-2	-50,0
Leistungen zur Eingliederung von Selbstständigen	2	3	1	50,0
Einstiegs geld (Variante: Selbstständigkeit)	69	19	-50	-72,7
nicht geförderte Selbstständigkeit	4 471	4 478	7	0,2
Erwerbstätige (Inland)	41 608	41 861	253	0,6
darunter:				
staatlich subventionierte Erwerbstätige	468	380	-88	-18,8
geförderte Erwerbstätige ^b	356	253	-103	-28,8
Kurzarbeit	112	127	15	13,5
ungeförderte Erwerbstätigkeit	41 140	41 481	341	0,8
	in %			
<i>nachrichtlich:</i>				
Anteil der staatlich subventionierten Erwerbstätigen an den Erwerbstätigen (Inland)	1,1	0,9		

^a Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen; Beschäftigungsphase Bürgerarbeit; Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen (einschl. für Schwerbehinderte); Eingliederungsgutschein; Entgeltsicherung für Ältere nach § 421j SGB III; Einstiegs geld (Variante: Beschäftigung); Beschäftigungszuschuss nach § 16e SGB II; Ein-Euro-Jobs (Entgeltvariante). – ^b Geförderte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Ein-Euro-Jobs (Variante: Mehraufwandsentschädigung) sowie geförderte Selbstständige.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH; 2013: Prognose des IWH.

Alles in allem dürfte das Erwerbspersonenpotenzial nach Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg (IAB) im Jahr 2013 um 220 000 Personen steigen.¹⁷ Dabei wird der demographisch bedingte Rückgang in Höhe von etwa 240 000 Personen durch die höhere Erwerbsbeteiligung (+190 000) und die Nettozuwanderung (+270 000)¹⁸ mehr als kompensiert.

EU-Staaten, aus den vier südeuropäischen Krisenländern bzw. aus Bulgarien und Rumänien. Die Zahl der Arbeitssuchenden nahm in Deutschland zwischen August 2012 und August 2013 um 66 000 Personen zu, wovon etwa zwei Drittel auf Personen aus diesen Staaten entfielen (ebenda).

¹⁷ Vgl. Fuchs, J.; Hummel, M.; Hutter, C.; Klinger, S.; Wanger, S.; Weber, E.; Weigand, R.; Zika, G.: IAB-Prognose 2013/2014: Arbeitslosigkeit sinkt trotz Beschäftigungsrekord nur wenig, in: IAB-Kurzbericht, 18/2013, 7 f.

¹⁸ Bei einer Nettozuwanderung von etwa 370 000 Personen wird unter Berücksichtigung des Erwerbsverhaltens der Zuwanderer das Erwerbspersonenpotenzial um schätzungsweise 270 000 Personen im Jahr 2013 zunehmen (ebenda).

Im Gefolge der Produktionsausdehnung dürfte sich im vierten Quartal 2013 die positive Beschäftigungsentwicklung fortgesetzt haben. Darauf deutet auch die nach wie vor hohe Zahl an offenen Stellen hin.¹⁹ Im Durchschnitt des Jahres 2013

¹⁹ Nach Angaben des IAB gab es im dritten Quartal des Jahres 2013 in Deutschland 868 000 offene Stellen auf dem ersten Arbeitsmarkt. Zwar waren dies nur etwa 4 600 bzw. 0,5% mehr als im Vorjahresquartal. Der Bestand an offenen Stellen entspricht aber in etwa der Zahl vor Ausbruch der Großen Rezession. Vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg (IAB): 868 000 offene Stellen im dritten Quartal. Presseinformation. Nürnberg vom 4.11.2013. Das ifo Beschäftigungsbarometer für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands (inklusive des Dienstleistungsgewerbes) ist im November 2013 deutlich gestiegen. Vgl. ifo München: ifo Beschäftigungsbarometer Deutschland: Beschäftigungsbarometer deutlich gestiegen. November 2013. Hingegen gab der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit etwas nach, zeigt sich aber seit dem Frühjahr 2013 stabil. Vgl. Bundesagentur für Arbeit: Der BA-X im November 2013: Anhaltend gute Kräftenachfrage.

dürften etwa 253 000 bzw. 0,6% mehr Personen erwerbstätig gewesen sein als im Vorjahr. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wird sogar um 358 000 Personen zunehmen (vgl. Tabelle 10). Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird sich in den nächsten Monaten kaum verändern. Darauf deutet auch ein neuer Arbeitsmarktindikator des IAB hin, der auf den Erwartungen der lokalen Arbeitsagenturen zur kurzfristigen Entwicklung der Arbeitslosigkeit beruht.²⁰ Im Jahresdurchschnitt wird die Zahl der Arbeitslosen um ca. 55 000 Personen über dem Vorjahresstand liegen. Die auf die Erwerbspersonen bezogene Arbeitslosenquote dürfte im Jahr 2013 6,6% betragen.²¹

Im Jahr 2014 wird die Beschäftigung infolge der kräftigen Expansion der Produktion weiter zunehmen (vgl. Abbildung 8). Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte um 0,6% über dem Vorjahresstand liegen. Dabei dürfte der Beschäftigungsaufbau weiterhin vollständig von der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung getragen werden. Das Erwerbspersonenpotenzial dürfte insgesamt um etwa 120 000 Personen zunehmen.²² Infolge des Anstiegs des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsangebots wird erneut die registrierte Arbeitslosigkeit nicht spiegelbildlich zum Beschäftigungsaufbau abnehmen. Im Durchschnitt des Jahres 2014 dürfte die registrierte Arbeitslosigkeit in etwa auf dem Stand des Vorjahres liegen.²³ Die Arbeitslosenquote dürfte 6,5% betragen.

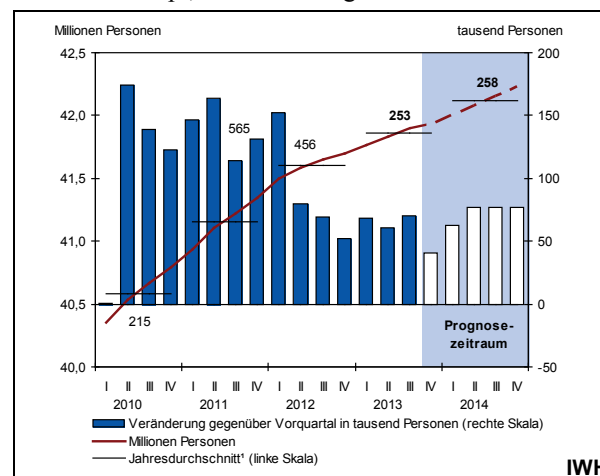
²⁰ Seit Oktober 2013 veröffentlicht das IAB monatlich einen neuen Frühindikator zur kurzfristigen Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Dieser wird auf Basis einer monatlichen Umfrage der Bundesagentur für Arbeit unter allen lokalen Arbeitsagenturen berechnet. Dabei werden die lokalen Arbeitsagenturen zu ihrer Erwartung hinsichtlich der Arbeitslosigkeit für die nächsten drei Monate befragt. Die Skala des Barometers reicht von 90 (stark steigende Arbeitslosigkeit) bis 110 (stark sinkende Arbeitslosigkeit). Vgl. Hutter, C.; Weber, E.; Schmidt, K.; Delfs, S.: Neuer Frühindikator für die Entwicklung der Arbeitslosigkeit: Startschuss für das IAB-Arbeitsmarktbarometer. *IAB-Kurzbericht 20/2013*. Im November 2013 stand der IAB-Arbeitsmarktbarometer bei 99,7 und signalisiert damit eine Seitwärtsbewegung. Vgl. *IAB-Arbeitsmarktbarometer: Arbeitslosigkeit stagniert trotz günstiger Konjunkturaussichten. Pressemitteilung des IAB* vom 26.11.2013.

²¹ Dabei wird die Zahl der registrierten Arbeitslosen auf die Zahl der Erwerbspersonen, zu denen die registrierten Arbeitslosen und die Erwerbstätigen (Inland) gehören, bezogen.

²² Vgl. Fuchs, J. et al., a. a. O., 7.

²³ Allerdings spielt hierbei auch ein statistischer Effekt eine Rolle: Obwohl im Verlauf des Jahres 2014 die Zahl der registrierten Arbeitslosen saisonbereinigt abnehmen dürfte, liegt im Durchschnitt des Jahres 2014 die Arbeitslosenzahl in

Abbildung 8:
Erwerbstätige
- Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf -



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2013: Prognose des IWH.

Auch im Jahr 2015 wird infolge der kräftigen Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion die Beschäftigung deutlich zunehmen. Der Lohnkostendruck, der von der Einführung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes auf die Beschäftigung ausgehen wird, dürfte im Jahr 2015 aufgrund der vereinbarten Modalitäten noch nicht sehr stark sein (vgl. Kasten 2).

Der Tariflohnanstieg lag im dritten Quartal 2013 bei 2,3% im Vergleich zum Vorjahresquartal. Dies war deutlich weniger als noch zu Jahresbeginn. Dafür dürfte jedoch weniger die Höhe der Abschlüsse, als vielmehr die relativ geringe Anzahl von neu abgeschlossenen Tarifverträgen verantwortlich sein. Dies dürfte nicht zuletzt der Unsicherheit über die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes geschuldet sein. Da jedoch ein wesentlicher Teil der noch geltenden Tarifverträge recht lange Laufzeiten mit bis zu zwei Jahren hat, ist die Entwicklung der Tariflöhne bereits teilweise vorgezeichnet. Bei der weiterhin guten Arbeitsmarktlage und der positiven konjunkturellen Entwicklung dürften die Tariflöhne im Jahr 2013 um 2,4% steigen, im nächsten Jahr um 2,7% und im Jahr 2015 um 3,0%. In diesem Tariflohnanstieg ist berücksichtigt, dass Tarifvereinbarungen getroffen werden, die eine stufenweise Lohnerhöhung zur Gewährleistung eines Mindestlohns von 8,50 Euro je Stunde bis Ende des Jahres 2016 vorsehen.

etwa auf dem Wert des Vorjahres. Die Ursache liegt im höheren Niveau der Arbeitslosenzahl am Ende des Jahres 2013.

Kasten 2:

Zu den Plänen für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland

Im Koalitionsvertrag wurde die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes in Höhe von 8,50 Euro je Stunde ab dem Jahr 2015 vereinbart. Über die Wirkung eines solchen Mindestlohns auf Löhne und Beschäftigung lassen sich derzeit nur qualitative Aussagen treffen. Eine quantitative Abschätzung der mit einem solchen Eingriff in das Lohngefüge verbundenen dynamischen Effekte ist kaum verlässlich möglich. Rein statisch betrachtet ergibt sich folgende Überschlagsrechnung:^a Der Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro liegt um durchschnittlich zwei Euro über dem Stundenlohn der etwa fünf Millionen Beschäftigten, die im Jahr 2011 weniger als 8,50 Euro je Stunde verdienen haben.^b Rechnet man die seit dem Jahr 2011 erfolgten und noch zu erwartenden Lohnsteigerungen hinzu, wären zu Beginn des Jahres 2015 etwa 800 000 Beschäftigte weniger als im Jahr 2011 vom Mindestlohn betroffen. Die Löhne dieser Beschäftigten müssten dann im Durchschnitt um ca. 1,60 Euro je Stunde (1,50 Euro je Stunde in Westdeutschland 1,80 Euro je Stunde in Ostdeutschland) erhöht werden, um den anvisierten Stundensatz von 8,50 Euro zu erreichen.

Arbeitsplatzverluste bei denjenigen, die jetzt weniger als 8,50 Euro je Stunde verdienen, werden unvermeidbar sein. Auch sind im Koalitionsvertrag Übergangsfristen für bestehende Tarifverträge bis Ende des Jahres 2016 und Ausnahmen für Praktikanten, Auszubildende und Saisonarbeiter vorgesehen.

In der vorliegenden Prognose wird davon ausgegangen, dass bei den Tarifverhandlungen die Übergangsfristen in den betroffenen Branchen genutzt werden, um die untersten Lohngruppen stufenweise an den Mindestlohn heranzuführen. Zudem wird davon ausgegangen, dass auch in den Lohngruppen oberhalb des Mindestlohnes kräftigere Anstiege vereinbart werden. Andernfalls käme es zu einer Stauchung in der Lohnverteilung. Insgesamt dürfte es zu einem höheren Anstieg des Tariflohnindex kommen, da hier die mittlere Lohngruppe abgebildet wird.

Erste Effekte der Mindestlohneinführung werden wohl bereits im Prognosezeitraum zu beobachten sein. So dürften die Tariflöhne und die Effektivlöhne etwas stärker steigen als dies ohne Einführung eines Mindestlohnes der Fall gewesen wäre. Aufgrund der Übergangsregelung dürften aber bis Ende 2015 keine starken Arbeitsmarkteffekte zu erwarten sein. Erst danach – wenn die geplante Mindestlohnregelung vollständig umgesetzt ist – wird eine spürbare Dämpfung der Arbeitsnachfrage zu beobachten sein.^c

^a Vgl. *Brautzsch, H.-U.; Schultz, B.*: Jeder vierte Beschäftigte im Osten verdiente im Jahr 2011 weniger als 8,50 Euro je Stunde, in: *IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 19 (2), 2013*, 23. Diese Berechnungen beruhen auf der 11. Welle des SOEP aus dem Jahr 2011. – ^b Im Jahr 2011 hatten 11,8% aller Beschäftigten in Westdeutschland und 25,1% der ostdeutschen Arbeitnehmer einen Stundenlohn von weniger als 8,50 Euro. Auf der Grundlage der Verteilung der vereinbarten Stundenlöhne wurde für jede „Lohngruppe“ die Differenz zwischen dem vereinbarten Stundenlohn und dem anvisierten Mindestlohn von 8,50 Euro berechnet. Zu der hier verwendeten Berechnung der Verteilung der Stundenlöhne in West- und Ostdeutschland vgl. *Brautzsch, H.-U.; Schultz, B.*, a. a. O. – ^c Vgl. Beitrag „Der Koalitionsvertrag und die mittelfristige wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland – mittelfristige Projektion für die Jahre 2013 bis 2018“ in diesem Heft.

Infolge der konjunkturellen Belebung im zweiten Quartal 2013 nahm die geleistete Arbeitszeit wieder zu. Auch im dritten Quartal stieg sie nochmals, wenngleich weniger dynamisch. Da die Löhne je Arbeitnehmer zur gleichen Zeit weniger stark erhöht wurden, gingen die saisonbereinigten Stundenlöhne in den beiden Quartalen jeweils zurück. Im laufenden Quartal dürfte dieser Trend enden. Da das Arbeitsvolumen leicht zurückgeht, wird es dann keine weitere Entlastung der Arbeitskosten je Stunde geben. Die Zeitguthaben auf den Arbeitszeitkonten dürften sich damit nicht weiter aufbauen. Die Effektivlöhne je Stunde nehmen im Jahr 2013 um 2,3% zu. Diese Rate liegt um 0,2 Prozentpunkte über derjenigen der Löhne je Arbeitnehmer.

Im Jahr 2014 werden die Löhne etwas schneller anziehen. Dazu tragen die zunehmende Auslastung der Wirtschaft, aber auch erste Lohnanpassungen wegen der kommenden Mindestlohnregelungen bei.

Die Löhne je Arbeitnehmer steigen im Jahr 2014 um 2,7% und im darauf folgenden Jahr um 3,3%, da die Mindestlohnregelung hier bereits teilweise greift. Die Stundenlöhne werden im Jahr 2014 um 2,4% zulegen und danach genauso schnell wie die Löhne je Beschäftigten. Die Lohnstückkosten nehmen im Jahr 2013 um 2,1%, im Jahr 2014 um 1,4% und ein Jahr später um 2,2% zu.

Exporte steigen deutlich, Importe aber stärker

Im dritten Quartal 2013 konnten die deutschen Exporte von Waren und Dienstleistungen auf einen leichten Zugewinn von 0,1% gegenüber dem Vorquartal verweisen. Während die Warenexporte um 0,1% nachgaben, stiegen die Dienstleistungen um 1,2% an. Die Importe nahmen in der gleichen Periode um insgesamt 0,8% zu, wobei auch hier die Entwicklung der Komponenten unterschiedlich verlief. So lagen die realen Warenimporte um 1,2%

höher als noch im zweiten Quartal, derweil gingen die eingeführten Dienstleistungen um 1,0% zurück. In der Summe dämpfte der Außenhandel die gesamtwirtschaftliche Produktion im dritten Quartal um 0,3 Prozentpunkte.

Während die Warenausfuhren in europäische Länder leicht zunahmen, gingen sie in nichteuropäische Länder um 1,7% zurück. Einen belastenden Faktor für die deutschen Ausfuhren stellte der Wechselkurs dar. Bedingt durch eine bis zum Sommer 2013 anhaltende Aufwertung des Euro verschlechterte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands, was die Exporte in Länder außerhalb der Währungsunion bremste. Innerhalb des Euroraums stiegen vor allem die Warenexporte nach Österreich und Italien. Aufgeschlüsselt nach Warengruppen ergab sich ein starker Anstieg bei den Ausfuhren von Kraftwagen und Kraftwagen-teilen, auch andere Investitionsgüter konnten zulegen. Hingegen ging der Export von Vorleistungsgütern sowie chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen zurück.

Für die nächsten Monate deuten die Auftrags-eingänge des Verarbeitenden Gewerbes darauf hin, dass sich die Exporte mit dem anziehenden Welthandel in der Tendenz weiter ausweiten. Der Anstieg im gesamten Jahr 2013 dürfte dann 0,4% betragen (vgl. Tabelle 11). Durch die höhere Dynamik der Weltkonjunktur expandieren die Ausfuhren im Jahr 2014 mit 4,0% deutlich schneller als im Jahr zuvor. Für das Jahr 2015 ist mit einem Zuwachs von 4,1% zu rechnen (vgl. Abbildung 9). Damit dürften sich die Exporte über den gesamten Prognosehorizont leicht schwächer entwickeln als der Welthandel.

Die Importe werden im letzten Quartal 2013 voraussichtlich ebenfalls anziehen, im Jahresschnitt dürften sie um 1,2% zulegen. Zusammen mit dem ansteigenden Konsum und den robusten Investitionen dürfte sich diese Entwicklung fortsetzen, sodass die Einfuhren im Jahr 2014 um 5,0% und im Jahr 2015 dann um 4,8% zulegen dürften. Die Einfuhren werden folglich über den gesamten Prognosezeitraum stärker ansteigen als die Ausfuhren. Als Konsequenz wird der Expansionsbeitrag des Außenhandels über den genannten Zeitraum negativ sein.

Mit anziehender Weltkonjunktur dürften auch die Preise neuen Auftrieb erhalten. Nach -0,5% im Jahr 2013 wird die Preissteigerung bei den Exporten 2014 voraussichtlich bei 0,2% liegen. Im Jahresdurchschnitt 2015 schließlich dürfte sie 0,7% betragen.

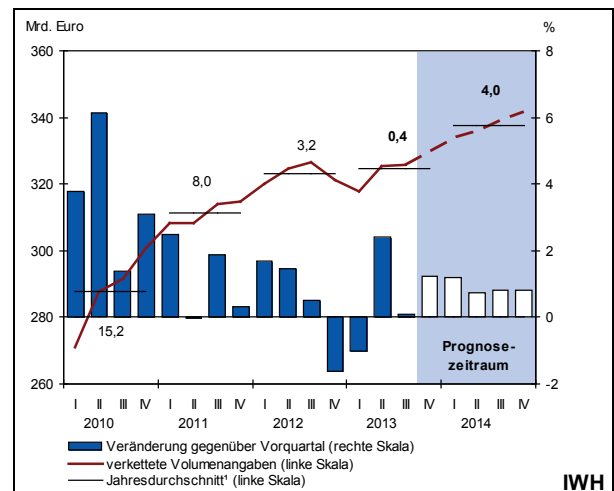
Tabelle 11:
Indikatoren zur Außenwirtschaft

	2013	2014	2015
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Exporte, real	0,4	4,0	4,1
Importe, real	1,2	5,0	4,8
<i>% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt</i>			
Exporte, nom.	50,4	50,6	51,0
Importe, nom.	44,4	44,8	45,4
<i>Außenbeitrag</i>			
Mrd. Euro, nom.	164,7	165,7	167,5

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Abbildung 9:
Reale Exporte

- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2013: Prognose des IWH.

Die Importpreise sinken in der kurzen Frist, im Jahr 2013 werden sie wohl um 1,8% zurückgehen. Nach einem leichten Rückgang von 0,2% im Jahr 2014 dürften die Importpreise im Jahresdurchschnitt 2015 um 0,5% steigen. Daraus ergibt sich das Bild abnehmender Steigerungsraten der Terms of Trade: Nach einem Zuwachs von 1,4% in 2013 dürften sie in 2014 noch um 0,4% und 2015 um 0,2% zunehmen.

Investitionen werden Stütze der Konjunktur

Die Unternehmen haben nach eineinhalbjähriger Zurückhaltung ihre Investitionen in Ausrüstungen nun das zweite Quartal in Folge ausgeweitet. Ihre während der Krise drastisch zugenommene Verunsicherung hat sich im Zuge der sich bessernden weltwirtschaftlichen und auch europäischen Per-

spektiven deutlich zurückgebildet. Da auch die Kapazitätsauslastung bei aufwärtsgerichteter Produktion inzwischen wieder den langfristigen Durchschnitt erreicht hat, haben die Unternehmen bei weiterhin ausgesprochen guten Finanzierungsbedingungen vermehrt notwendige Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen getätigt. Mit Verzögerung hat sich dies zuletzt auch im gewerblichen Bau niedergeschlagen. Darüber hinaus haben der Wohnungsbau und der öffentliche Bau nach dem witterungsbedingten schwachen Start zu Jahresbeginn im Sommerhalbjahr kräftig nachgelegt.

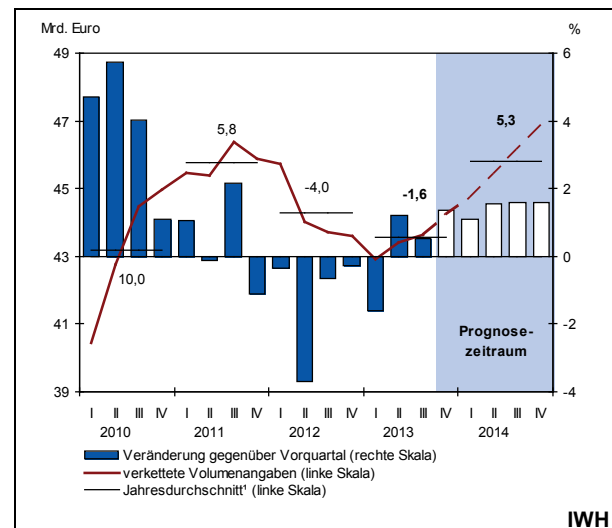
Alles in allem dürfte die Investitionskonjunktur im Prognosezeitraum weiter an Breite gewinnen und damit eine feste Stütze der Konjunktur werden. So signalisieren die aktuellen Auftragseingänge bei den Investitionsgüterherstellern, dass es bei den inländischen Unternehmen zu einer zunehmenden Erneuerung sowohl von Maschinen, Geräten als auch Kraftfahrzeugen kommen dürfte, auch wenn die Auftragsentwicklung sehr volatil verläuft. Für eine Verjüngung des Fahrzeugparkes sprechen auch die wieder vermehrten Neuzulassungen im gewerblichen Bereich. Das der Konjunktur vorlaufende Vorleistungsgütergewerbe hat bereits den langfristigen Durchschnitt bei der Kapazitätsauslastung überschritten und dürfte bei den Investitionen besonders Fahrt aufnehmen. Aufgrund der florierenden Konsum- und Baunachfrage kommen die Impulse zunehmend aber auch aus den konsum- und baunahen Branchen; mit den sich bessernden Exportaussichten in Europa und in der Welt ziehen später andere Wirtschaftszweige und Branchen nach, wie die Exportindustrie und der Verkehr.²⁴

Als Investitionsmotiv werden neben Rationalisierung, Umweltschutz und Ersatz verstärkt auch wieder Kapazitätserweiterungen vor allem in Verbindung mit Produktinnovationen genannt. Diese Tendenz dürfte sich im späteren Verlauf der Jahre 2014 und 2015 weiter verstärken, vor allem aus dem Bestreben heraus, bei sich verschlechternder preislicher Wettbewerbsfähigkeit trotzdem produktmäßig konkurrenzfähig zu bleiben. Aufgrund des äußerst schwachen ersten Quartals werden die Ausrüstungen im Durchschnitt des Jahres 2013 aber nochmals um 1,6% nachgeben, um dann in den Folgejahren mit 5,3% bzw. 7,0% zuzulegen (vgl. Abbildung 10 und Tabelle 12). Mit steigender Kapazi-

²⁴ Laut DIHK-Umfrage signalisieren bis auf das Finanzgewerbe und den Energiesektor inzwischen alle Wirtschaftszweige und Branchen wieder eine erhöhte Investitionsbereitschaft für die Zukunft. Vgl. *DIHK-Konjunkturumfrage Herbst 2013*, 32-39.

tätsauslastung werden die Unternehmen auch wieder stärker in gewerbliche Bauten investieren. Darauf deuten die aktuell gestiegenen Auftragseingänge und Baugenehmigungen im Wirtschaftsbau hin. Im Jahr 2013 werden die Wirtschaftsbauinvestitionen wohl um ca. 3,4% abnehmen und in den Jahren darauf um 1,4% bzw. 3% zunehmen.

Abbildung 10:
Reale Investitionen in Ausrüstungen
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2013: Prognose des IWH.

Der Wohnungsbau hat in den beiden Sommerquartalen des Jahres 2013 mit laufenden Raten von reichlich 2½% kräftig zugelegt. Der Rückgang zu Jahresbeginn wurde mehr als ausgeglichen. Trotz aktuell leicht rückläufiger Auftragszugänge ist der Auftragsbestand immer noch sehr hoch. Dies spricht im Wohnungsbau für einen kräftigen Endspurt im Jahr 2013²⁵ und einen regen Start ins Jahr 2014. Gestützt wird dies unter anderem auch von noch anstehenden Baumaßnahmen zur Beseitigung der Hochwasserschäden in Süd- und Ostdeutschland. Für den weiteren Verlauf im Jahr 2014 deuten die Baugenehmigungen auf eine Fortsetzung dieser Tendenz hin. Im Prognosezeitraum bleiben die Fundamentalfaktoren wie Arbeitsplatzsicherheit, zu

²⁵ Besonders bei der von den Betrieben geleisteten Bauproduktion schlagen wohl die vermehrten Möglichkeiten, Brückentage an Feiertage anzuschließen, zu Buche. In solchen Fällen werden Baustellen zum Teil komplett geschlossen. Andererseits könnten in diesen Tagen die in den Gesamtwirtschaftlichen Gesamtrechnungen hinzuzurechnenden Eigenleistungen der privaten Haushalte eine besonders große Rolle spielen.

Tabelle 12:
Reale Anlageinvestitionen in Deutschland
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -

	2013	2014	2015
Anlageinvestitionen insgesamt	-0,6	4,5	4,4
Ausrüstungen	-1,6	5,3	7,0
sonstige Anlagen	3,0	4,9	4,2
Bauinvestitionen insgesamt	-0,4	3,9	2,8
Wohnbauten	1,4	4,2	2,5
Nichtwohnbauten insgesamt	-2,8	3,6	3,3
gewerbliche Bauten	-3,4	1,4	3,0
öffentliche Bauten	-1,3	9,0	4,0
<i>nachrichtlich:</i>			
Unternehmensinvestitionen	-1,8	4,0	5,4

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

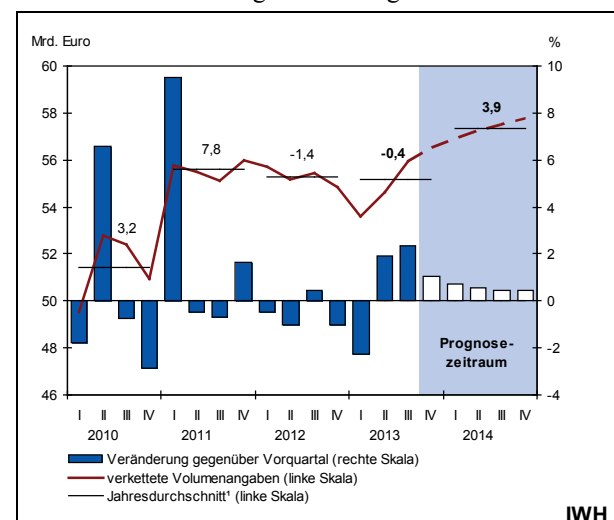
erwartende Einkommensentwicklung und Zinsen günstig. Die real verfügbaren Einkommen steigen in den beiden Prognosejahren 2014 und 2015 mit Raten um 1,5%. Die Hypothekenzinsen haben zwar im Sommer 2013 angezogen, dürften allerdings angesichts des jüngst erfolgten Zinsschrittes der EZB nach unten zunächst wohl stagnieren. Auch die Bedingungen für Wohnungsbaukredite sind laut Bank Lending Survey zuletzt nicht weiter verschärft worden. Anregungen für den Wohnungsbau dürften zudem von einer erhöhten Zuwanderung und institutionellen Anlegern ausgehen. Im späteren Verlauf des Jahres 2014 und im Jahr 2015 dürften allerdings mit dem weiteren Abflauen der Vertrauenskrise und einer sichtbaren Erholung im Euroraum deutsche Immobilien für institutionelle Investoren schrittweise in den Hintergrund rücken und wohl von attraktiveren Anlageformen abgelöst werden. Dies und die später wieder anziehenden Hypothekenzinsen und Kreditstandards werden die Dynamik im Wohnungsneubau dann wohl etwas dämpfen. Unverändert aufwärtsgerichtet bleiben die Investitionen in die Modernisierung und insbesondere in die energetische Sanierung des Wohnungsbestandes durch private Haushalte und Unternehmen. Leichte Impulse dürften im späteren Verlauf auch vom sozialen Wohnungsbau und von der Städtebauförderung ausgehen, die laut Koalitionsvereinbarung belebt werden sollen. Im Jahr 2013 werden die Wohnungsbauinvestitionen wohl um 1,4% zunehmen, in den beiden Jahren darauf um reichlich 4% bzw. 2,5%.

Der öffentliche Bau bleibt im gesamten Prognosezeitraum rege. Die Auftragsbestände sind im Straßenbau kontinuierlich und im öffentlichen Tief-

bau zuletzt erneut angestiegen. Dabei dürften sowohl die witterungsbedingten Aufholarbeiten als auch die Erneuerung durch das Hochwasser akut beschädigter öffentlicher Infrastruktur eine wesentliche Rolle spielen. Auch im späteren Verlauf wird die öffentliche Bautätigkeit weiter zulegen. Von der Finanzierungsseite wird dies durch die hohen Steuereinnahmen der öffentlichen Hand und einer ganzen Reihe von Kommunen gestützt. Eine Aufstockung der Investitionsmittel, wie sie laut Koalitionsvertrag für die Verkehrswege geplant ist, ist aufgrund der längeren Planungsphasen und des Ziels eines ausgeglichenen Haushalts im Kurzfristzeitraum eher in einem beschränkten Maß zu erwarten. Impulse in größerem Umfang werden nach vorliegender Prognose insbesondere in der mittleren Frist zum Tragen kommen. Im Durchschnitt des Jahres 2013 fallen die öffentlichen Bauinvestitionen um 1,3% geringer aus. Im Jahr 2014 ergibt sich vor allem aufgrund des hohen Niveaus am Ende des Vorjahres ein Zuwachs von 9,0%, im Jahr darauf legen sie um 4,0% zu.

Insgesamt nehmen die Bauinvestitionen im Jahr 2013 mit 0,4% geringfügig ab und steigen aber um knapp 4% bzw. 2,8% in den Jahren darauf (vgl. Abbildung 11). Die Anlageinvestitionen insgesamt nehmen im Jahr 2013 ebenfalls leicht ab (um 0,6%), in den Jahren 2014 und 2015 legen sie dann mit 4,5% bzw. 4,4% zu.

Abbildung 11:
Reale Bauinvestitionen
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2013: Prognose des IWH.

Steigender privater Konsum durch stabilen Arbeitsmarkt

Nachdem der private Verbrauch in den ersten beiden Quartalen 2013 kräftig zugelegt hatte, nahm seine Dynamik im dritten Quartal etwas ab. Insbesondere im Einzelhandel wurde im dritten Quartal weniger umgesetzt als in den beiden Vorperioden. Auch die Pkw-Käufe gingen im Vergleich zum Vorquartal wieder zurück. Dieser Trend scheint auch für Oktober und November zu gelten, da hier die berichteten Pkw-Neuzulassungen leicht rückläufig waren. Ebenso weisen die für Anfang des vierten Quartals 2013 gemeldeten Einzelhandelsumsätze auf einen eher verhaltenen privaten Konsum hin. Jedoch zeigt die GfK-Umfrage zum Konsumklima, dass die Verbraucher zu Weihnachten etwas mehr für Geschenke ausgeben wollen als im Vorjahr.²⁶ Auch ist die Stimmung unter den Verbrauchern deutlich besser als zuvor. Dies deutet darauf hin, dass die privaten Haushalte zum Jahresausklang 2013 insgesamt wieder kräftiger konsumieren werden. Das dürfte nicht zuletzt auch mit der nach wie vor robusten Entwicklung des Arbeitsmarktes zusammenhängen. So nahm der Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter in den beiden ersten Quartalen kräftig zu, im dritten Quartal verlangsamte er sich leicht. Die Zuwächse resultierten hauptsächlich aus einer höheren Beschäftigung, der Anstieg der Effektivlöhne lieferte einen geringeren Beitrag. Insgesamt werden die Bruttolöhne und -gehälter im Jahr 2013 um 2,9% zunehmen. Aufgrund der weiterhin positiven Arbeitsmarktlage und kräftig zulegenden Effektivlöhne wird die Lohnsumme im Jahr 2014 um 3,4% und im Jahr danach um 4,1% steigen. Lohneffekte aufgrund der Einführung des flächendeckenden Mindestlohnes sind im Prognosezeitraum nur im geringen Maße zu erwarten.

Die monetären Sozialleistungen nehmen im Jahr 2013 mit 2,2% etwas stärker zu als im Vorjahr, da die Arbeitslosigkeit etwas gestiegen ist. Zudem wurde zum 1. August 2013 das Betreuungsgeld eingeführt. Zu Beginn des Jahres 2014 wird dann der Hartz-IV-Regelsatz um 2,3% erhöht, auch ist infolge des abgeschlossenen Koalitionsvertrages mit zusätzlichen Rentenleistungen zu rechnen, sodass im Jahr 2014 die Sozialtransfers nochmals um 2,5% und im Jahr 2015 um 3,5% steigen werden. Die Selbständigen- und Vermögenseinkommen haben sich nach der konjunkturellen Schwäche-

²⁶ Vgl. dazu *Gesellschaft für Konsumforschung (GfK): Lebensmittel als Geschenk – Ein neuer Trend? GfK Consumer Index 10/2013, 1.*

phase im Winter 2012/2013 bereits wieder erholt und werden wohl bis zum Ende des Prognosezeitraums weiter kräftig zulegen (vgl. Tabelle „Hauptaggregate der Sektorenrechnung“ im Anhang).

Die verfügbaren Einkommen stiegen zuletzt etwas geringer als der private Verbrauch, die Sparquote sank geringfügig. Die geringere Sparneigung dürfte auf die sehr niedrigen Zinsen, die robuste Arbeitsmarktlage und die damit verbundenen stabilen Einkommensaussichten zurückzuführen sein. Allerdings wird die Sparquote im Prognosezeitraum nur noch sehr wenig abnehmen (vgl. Tabelle 13).

Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Jahr 2013 nominal um 2,2% zunehmen, im Jahr 2014 und 2015 wird sich der Anstieg mit 3,2% und 3,8% weiter beschleunigen. Der Preisanstieg im Prognosezeitraum dürfte jeweils niedriger sein²⁷, sodass reale Einkommenszuwächse zu erwarten sind.

Tabelle 13:
Verfügbare Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte^a in Deutschland
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -

	2013	2014	2015
verfügbare Einkommen, nominal	2,2	3,2	3,8
<i>darunter:</i>			
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	2,6	3,2	4,1
monetäre Sozialleistungen	2,2	2,5	3,5
Selbständigen-, Vermögenseinkommen	2,2	3,6	3,6
Sparen	-1,6	1,2	2,5
privater Konsum, nominal	2,6	3,3	3,9
<i>nachrichtlich:</i>			
Bruttolöhne und -gehälter (Summe)	2,9	3,4	4,1
Sparquote (in %)	9,9	9,7	9,6
Preisindex des privaten Konsums	1,7	1,7	2,0
privater Konsum, real	0,9	1,6	1,8

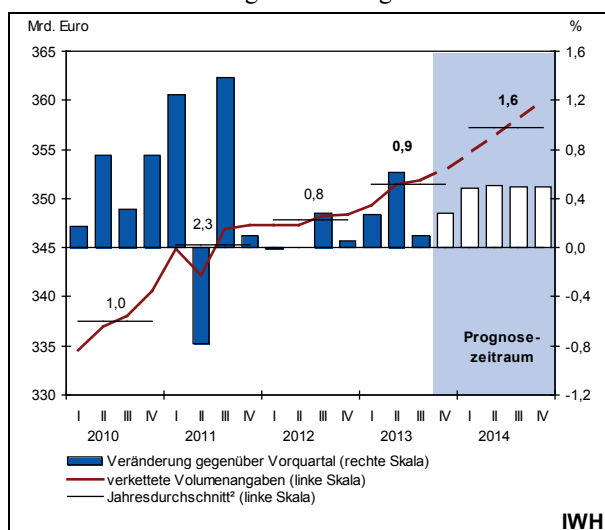
^a Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

²⁷ Dieser Preisanstieg wird mit dem Konsumdeflator gemessen, dessen Zunahme üblicherweise etwas niedriger als der Anstieg der Verbraucherpreise ausfällt. Seit nunmehr zwei Quartalen ist jedoch der Anstieg des Konsumdeflators größer als der der Verbraucherpreise. Dies ist insbesondere auf statistische Sondereffekte bei der indirekten Messung des Wertes von Finanzserviceleistungen (FISIM) zurückzuführen, bei der es aufgrund der Eurokrise zu Verzerrungen kommt. Dies wirkt sich auf den Konsumdeflator aus, der ohne die Preiseffekte der FISIM im dritten Quartal 2013 wohl um ca. 0,3 Prozentpunkte niedriger wäre. Es ist zu erwarten, dass dieser Effekt im Prognosezeitraum zurückgeht.

Alles in allem werden die privaten Konsumausgaben im Jahr 2013 um 0,9%, im Jahr 2014 um 1,6% und im Jahr 2015 um 1,8% zunehmen (vgl. Abbildung 12). Damit tragen sie 0,5 Prozentpunkte im Jahr 2013, 0,9 Prozentpunkte im Jahr 2014 und danach 1,1 Prozentpunkte zum Anstieg des Bruttoinlandprodukts bei.

Abbildung 12:
Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte¹
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



¹ Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. – ² Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2013: Prognose des IWH.

Inflation bleibt moderat

Nachdem Mitte des Jahres die Verbraucherpreise stark anzogen, stagnieren sie seitdem. Die Inflationsrate lag im November 2013 bei 1,3%. Nach wie vor zeigt sich in der Inflationsrate die Verteuerung der Nahrungsmittel im Sommer. Hier dürften auch die ungünstigen Witterungsbedingungen im Frühjahr auf das Angebot an Obst und Gemüse nachwirken. Dagegen sind – trotz kräftiger Mietpreissteigerungen in einigen Ballungsräumen – deutschlandweit bisher keine anziehenden Preise für Mietwohnungen zu beobachten. Heizöl und Kraftstoffe haben sich stark verbilligt, ebenso für die Gesundheitspflege. Auch die Inflation des Strompreises, die infolge der Umlage durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG-Umlage) zu Beginn des Jahres noch kräftig gestiegen ist, hat sich wieder abgeschwächt. Ohne Energie und Nahrungsmittel gerechnet nahm der Verbraucherpreisindex im Oktober um 1,1% im Vergleich zum Vorjahresmonat zu und damit weniger als in den Monaten zuvor.

In den nächsten Quartalen dürfte die Teuerung sehr langsam wieder anziehen. Erst in der zweiten Hälfte des Prognosezeitraums werden wohl etwas stärkere Preissteigerungen zu sehen sein. Dann werden sowohl die preissenkenden Impulse aufgrund der Aufwertung des Euro ausgelaufen sein als auch die Lohnstückkosten wieder stärker steigen. Zudem wäre dann mit ersten Preisanhebungen infolge gestiegener Lohnkosten durch Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes zu rechnen.

Jeweils zum Anfang jedes Jahres ist eine Anpassung der EEG-Umlage zu erwarten, die die Strompreise für die Verbraucher im Jahr 2014 wohl aber weniger deutlich als im Vorjahr ansteigen lassen wird. Auch stehen jährlich Erhöhungen der Tabaksteuer an.

Alles in allem dürften die Verbraucherpreise im Jahr 2013 um 1,5% ansteigen, im Jahr 2014 dann nochmals um 1,5% und im Jahr 2015 um 1,8%.

Gesamtwirtschaftliche Produktion nimmt wieder Fahrt auf

Die gesamtwirtschaftliche Produktion hat im dritten Quartal 2013 um 0,3% gegenüber dem Vorquartal zugenommen. Die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe ging mit 0,5% deutlich zurück.²⁸ Eine wesentliche Ursache dafür war die schwache Entwicklung der Exporte. Hingegen wurde die Produktion im Baugewerbe deutlich ausgeweitet. Dazu trugen auch witterungsbedingte Nachhol-effekte sowie die Beseitigung der Schäden der Flutkatastrophe bei. Im Dienstleistungsbereich nahm die Produktion in nahezu allen Sektoren zu. Nur im Subsektor „Sonstige Dienstleistungen“²⁹ ging die Produktion zurück.

²⁸ Das Saisonbereinigungsverfahren BV4.1 weist für das dritte Quartal 2013 den Rückgang der realen Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe mit 0,1% deutlich geringer aus als das Saisonbereinigungsverfahren Censur X-12-ARIMA (-0,5%). Im Bereich Finanz- und Versicherungsdienstleistungen fallen die Ergebnisse der Saisonbereinigung für das dritte Quartal noch weiter auseinander: Nach Censur X-12-ARIMA ergibt sich ein Zuwachs von 1,4%, BV4.1 zeigt hingegen einen Rückgang von 0,7% an.

²⁹ Zum Bereich „Sonstige Dienstleistungen“ gehören sehr heterogene Subsektoren, beispielsweise Kultur- und Sporteinrichtungen, Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände, Arbeitnehmervereinigungen, kirchliche Einrichtungen, Wäschereien und private Haushalte.

Tabelle 14:
Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

	2013		Prognose 2013	Prognose 2014		
	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal
	<i>Ursprungswerte</i> <i>Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %</i>					
Bruttoinlandsprodukt	0,9	1,1	1,2	2,2	1,2	1,8
<i>darunter</i>						
Bruttowertschöpfung	0,8	1,1	1,1	2,2	1,2	1,9
<i>darunter</i>						
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	0,5	0,8	0,9	1,9	0,3	2,1
Verarbeitendes Gewerbe	0,8	0,9	0,9	1,9	0,1	2,6
Energie- und Wasserversorgung	-0,7	0,9	1,2	1,6	1,5	-0,8
Baugewerbe	-0,6	1,3	2,0	4,1	0,8	1,3
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	1,2	2,6	2,0	2,6	0,8	1,5
Information und Kommunikation	2,1	0,9	0,9	2,0	2,1	2,7
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-5,2	-5,6	-6,7	-0,8	3,3	1,9
Grundstücks- und Wohnungswesen	1,5	1,5	1,6	2,8	2,7	3,0
Unternehmensdienstleister	3,9	3,8	4,0	3,9	2,4	2,7
öffentliche Dienstleister	0,5	0,4	0,6	1,3	0,9	1,2
	<i>saison- und kalenderbereinigte Werte</i> <i>Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %</i>					
Bruttoinlandsprodukt	0,7	0,3	0,3	0,6	0,4	0,5
<i>darunter</i>						
Bruttowertschöpfung	0,7	0,3	0,3	0,6	0,4	0,5
<i>darunter</i>						
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	0,5	0,0	0,3	0,4	0,6	0,6
Verarbeitendes Gewerbe	0,6	-0,5	0,5	0,6	0,6	0,6
Energie- und Wasserversorgung	0,1	2,9	-1,0	-0,6	0,5	0,3
Baugewerbe	1,3	1,2	0,2	0,2	0,5	0,5
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	1,6	0,0	0,3	0,4	0,4	0,4
Information und Kommunikation	0,3	0,4	0,5	0,7	0,8	0,7
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-4,2	1,4	1,3	0,7	0,0	-0,2
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,6	0,4	0,3	1,4	0,6	0,7
Unternehmensdienstleister	1,7	0,7	0,5	0,8	0,6	0,8
öffentliche Dienstleister	0,4	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 4. Quartal 2013: Prognose des IWH.

Im vierten Quartal 2014 wird die gesamtwirtschaftliche Produktion mit etwa gleicher Rate wie im Vorquartal zunehmen.³⁰ Die Aufhellung der Stimmungsindikatoren sowie die tendenziell stei-

genden Auftragseingänge lassen einen Anstieg der Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe erwarten. Auch die Wertschöpfung im Baugewerbe dürfte etwas zunehmen. Zwar waren die Auftrags-eingänge zuletzt rückläufig. Der Auftragsbestand ist jedoch nach wie vor sehr hoch. Die Produktion der Dienstleister ist weiterhin aufwärtsgerichtet. Dafür sprechen die Umfrageergebnisse des ifo Instituts, wonach die Geschäftslage in den wichtigen Sektoren erheblich besser beurteilt wurde als in den Monaten zuvor. Der Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe dürfte von der binnenwirtschaftlichen Stärke profitieren. Die Produktion der Unternehmensdienstleister wird deutliche Impulse vom Produzierenden Gewerbe erhalten. Der Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen wird vor allem

³⁰ Die Prognose der Bruttowertschöpfung der Hauptwirtschaftsbereiche basiert auf zwei Ansätzen: In der sehr kurzen Frist, d. h. für zwei Quartale, kommen vor allem die Flash-Schätzungen mit kombinierten Einzelindikatorprognosen (Pooling) zum Einsatz. Für die anschließenden Quartale des ersten Prognosejahres erfolgt die Schätzung durch eine Erweiterung des makroökonomischen Deutschlandmodells des IWH. Zu den Pooling Ansätzen vgl. *Drechsel, K.; Scheufele, R.: Bottom-up or Direct? Forecasting German GDP in a Data-rich Environment*, in: Swiss National Bank Working Paper, 16, 2012. Zur Schätzung der Produktion mit dem makroökonomischen Deutschlandmodell des IWH vgl. Kasten 3.

von der expandierenden Bauproduktion sowie den hohen Umsätzen auf den Immobilienmärkten profitieren. Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal um 0,3% zunehmen (vgl. Tabelle 14). Im Jahresdurchschnitt ergibt sich eine Zunahme von 0,4%.

Im kommenden Jahr wird sich das etwas erhöhte Expansionstempo der Weltwirtschaft günstig auf die gesamtwirtschaftliche Produktion in Deutschland auswirken. Die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe wird vor allem im Gefolge der stark anziehenden Exporte weiter zunehmen. Die Produktion im Baugewerbe wird wohl bei günstigen Finanzierungsbedingungen und den anhaltend guten Beschäftigungs- und Einkommensaussichten weiter expandieren. Im Dienstleistungssektor dürfte sich die positive Grundtendenz fortsetzen. Insgesamt wird die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahr 2014 um 1,8% steigen.

Öffentliche Finanzen: Konjunkturbedingt zunehmende Haushaltsüberschüsse

Im Jahr 2013 werden die öffentlichen Haushalte einen etwas höheren Überschuss aufweisen als im Jahr zuvor. Der staatliche Finanzierungssaldo wird sich damit allerdings weit weniger verbessern als in den beiden Vorjahren. Dies ist auf schwächer steigende Einnahmen, insbesondere aber auf einen stärkeren Ausgabenanstieg zurückzuführen. Auf der Einnahmeseite entwickeln sich die Steuern recht dynamisch. Dies betrifft infolge weiterhin kräftig zulegender Bruttolöhne- und -gehälter und der in den Jahren 2010 und 2011 stark gestiegenen Unternehmens- und Vermögenseinkommen sowohl die Lohnsteuer als auch wichtige gewinnabhängige Steuern. Der Zuwachs bei den Sozialbeiträgen wird durch die deutliche Senkung des kumulierten Beitragssatzes zu den Sozialversicherungen zu Jahresbeginn gedämpft. Die Vermögenseinkommen entwickeln sich, nicht zuletzt infolge des Abschmelzens der Bad-Bank-Portfolios, nochmals leicht rückläufig. Auf der Ausgabeseite legen, vor allem aufgrund der Abschaffung der Praxisgebühr und durch Leistungsausweitungen im Pflegebereich, die sozialen Sachleistungen deutlich zu. Weil die Zahl der Arbeitslosen, anders als in den vergangenen Jahren, im Jahresdurchschnitt 2013 wieder steigt, werden die monetären Sozialleistungen stärker ausgeweitet als in den Jahren zuvor. Zudem schlägt dort die Einführung des Betreuungsgeldes zu Buche. Auch die öffentlichen Investitionen ziehen, nach einem deutlichen Rückgang im Jahr 2012 nach dem

Auslaufen der Konjunkturpakete, im Jahr 2013 wieder leicht an.

Im Jahr 2014 dürften die Einnahmen des Staates ähnlich zulegen wie im Vorjahr. Die Steuereinnahmen werden etwas verhaltener expandieren. Hier dürften sich zum einen die rückläufigen Unternehmens- und Vermögenseinkommen des Jahres 2012 auswirken, zum anderen wirken Rechtsänderungen, etwa das Gesetz zum Abbau der kalten Progression, einnahmemindernd. Im kommenden Jahr werden die Steuereinnahmen aufgrund noch stärker anziehender Löhne und Gehälter, wieder kräftiger expandierender Unternehmensgewinne und einer sehr dynamischen privaten Konsumnachfrage deutlich zulegen. Die Sozialbeiträge werden mit den zunehmend steigenden Bruttolöhnen und -gehältern im gesamten Prognosezeitraum beschleunigt expandieren. Im Jahr 2015 führt zudem die Anhebung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung zu Mehreinnahmen.³¹ Die Vermögenseinkommen des Staates werden zwar weiterhin durch die Abschmelzung der Bad-Bank-Portfolios gedämpft; gleichwohl dürften sie im Jahr 2014 aufgrund eines höheren Bundesbankgewinns in etwa stagnieren. Die Einnahmen aus Verkäufen, die im Jahr 2013 durch die Abschaffung der Studiengebühren in Bayern gedämpft wurden, dürften im Verlauf des Prognosezeitraums wieder beschleunigt zulegen. Alles in allem werden die Einnahmen des Staates, nach einem Zuwachs von 2,9% im Jahr 2013, im Jahr 2014 um 2,8% und im Jahr darauf um 4,0% zulegen.

Die Staatsausgaben werden im Prognosezeitraum beschleunigt ausgeweitet. Der starke Anstieg bei Vorleistungen und sozialen Sachleistungen im Jahr 2013 resultierte aus der Abschaffung der Praxisgebühr. Im Jahr 2014 werden diese zunächst deutlich langsamer, im Jahr 2015 mit den Leistungsausweitungen im Bereich der sozialen Pflegeversicherung dann wieder dynamischer expandieren. Die Arbeitnehmerentgelte werden im Jahr 2014 infolge der deutlichen Lohnerhöhung für die Angestellten der Länder nochmals kräftig zulegen. Auch die noch ausstehenden Tarifabschlüsse für die Angestellten von Bund und Kommunen dürften hoch ausfallen, sodass die Arbeitnehmerentgelte auch im darauffolgenden Jahr mit einer ähnlichen Rate steigen werden. Die Zinsausgaben werden sich vor dem Hintergrund weiterhin günstiger Refinanzierungskonditionen und eines sinkenden Schuldenstandes im Prognosezeitraum weiter leicht verringern. Die

³¹ Diese Prognose basiert auf der Annahme, dass der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung nicht gesenkt wird.

Kasten 3: Zur Schätzung der Wertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

Zur Schätzung der Produktion in den Hauptwirtschaftsbereichen werden am IWH verschiedene Methoden verwendet. Während für die sehr kurze Frist, d. h. für zwei Quartale, vor allem Flash-Schätzungen mit kombinierten Einzelindikatormodellen^a genutzt werden, erfolgt eine Schätzung für alle Quartale des ersten Prognosejahres durch eine Erweiterung des makroökonomischen Modells des IWH.

In diesem Modell wird das Bruttoinlandsprodukt zunächst durch eine gesamtwirtschaftliche Produktionsfunktion bestimmt. Zur sektoralen Untersetzung der gesamtwirtschaftlichen Produktion wird in einem speziellen Modul die Wertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche separat geschätzt. Die reale Produktion eines Wirtschaftsbereichs wird aus der Entwicklung der Verwendungskomponenten des Bruttoinlandsproduktes, der Wertschöpfung in anderen Wirtschaftsbereichen sowie der eigenen Vergangenheit erklärt. Beispielsweise werden bei der Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe die privaten Konsumausgaben, die Exporte, die Ausrüstungsinvestitionen sowie die Bauinvestitionen als erklärende Variablen verwendet. Die Produktion im Baugewerbe wird durch die Bauinvestitionen in Wohnbauten und Nichtwohnbauten erklärt. Für jeden Wirtschaftsbereich wird zudem eine Gleichung für die Preisentwicklung der sektoralen Produktion geschätzt. Dies ermöglicht die Berechnung der nominalen Wertschöpfung in den Wirtschaftsbereichen. Darüber hinaus werden die Positionen Gütersteuern sowie Gütersubventionen geschätzt. Über die Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche sowie die Positionen Gütersteuern und Gütersubventionen wird entstehungsseitig das Bruttoinlandsprodukt bestimmt. In einem iterativen Prozess wird das über die Entstehungsseite ermittelte Bruttoinlandsprodukt mit dem verwendungsseitig berechneten Bruttoinlandsprodukt in Übereinstimmung gebracht.

Die Schätzungen erfolgen für folgende 14 Wirtschaftsbereiche: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei; Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Verarbeitendes Gewerbe; Energieversorgung, Wasserversorgung, Entsorgung; Baugewerbe; Handel; Verkehr; Gastgewerbe; Information, Kommunikation; Finanz- und Versicherungsdienstleistungen; Grundstücks- und Wohnungswesen; Unternehmensdienstleister; Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit und Sonstige Dienstleister.

^a Vgl. Drechsel, K.; Scheufele, R., a. a. O.

monetären Sozialleistungen dürften im Prognosezeitraum zunehmend expandieren. Zwar wird die Zahl der Arbeitslosen, nach einem jahresdurchschnittlichen Anstieg im Jahr 2013, im Jahr 2014 in etwa stagnieren und im Jahr 2015 leicht sinken. Dagegen werden aber die Renten aufgrund hoher Lohnsteigerungen und eines nur noch geringen Ausgleichsbedarfs für in der Vergangenheit unterbliebene Rentenkürzungen in den Alten Bundesländern stärker zulegen.³² Insbesondere dürften aber die Mehrausgaben infolge rentenpolitischer Maßnahmen zu Buche schlagen. Die Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand dürfte sich vor dem Hintergrund einer deutlich verbesserten Finanzlage insbesondere der Gemeinden und zusätzlicher Mittel für Infrastrukturinvestitionen des Bundes im Projektionszeitraum beschleunigen. Alles in allem nehmen die Staatsausgaben im Jahr 2014 um 2,7% und im Jahr 2015 um 3,4% zu, nach 2,6% im Jahr 2013.

Trotz der Mehrausgaben für sozialpolitische Maßnahmen und öffentliche Investitionen wird sich der Finanzierungssaldo des Staates im Prognosezeitraum aufgrund konjunkturbedingt beschleunigt ex-

pandierender Einnahmen weiter verbessern. Im Jahr 2014 beläuft sich der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo auf 0,3% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. Im Jahr 2015 wird bei weiter anziehender Konjunktur ein Haushaltsüberschuss von gut 16 Mrd. Euro erzielt, entsprechend 0,5% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. Der strukturelle Finanzierungssaldo dürfte sich allerdings nicht verbessern. Diese verringert sich von 0,5% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2013 auf 0,2% im Jahr 2015.

³² In den Neuen Bundesländern ist dieser bereits vollständig abgebaut.

Hauptaggregat der Sektoren - in Mrd. Euro -

	2012				2013				2014				2015							
	gesamte Volks- wirtschaft	Kapital- gesell- schaften	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt	gesamte Volks- wirtschaft	Kapital- gesell- schaften	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt	gesamte Volks- wirtschaft	Kapital- gesell- schaften	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt	gesamte Volks- wirtschaft	Kapital- gesell- schaften	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt				
1 = Bruttowertschöpfung	2 386,8	1 574,4	246,4	566,0	-	2 455,7	1 621,0	252,6	582,0	-	2 548,4	1 686,4	259,0	602,5	-	2 654,0	1 761,8	265,4	626,7	-
2 – Abschreibungen	402,1	230,8	46,0	125,3	-	410,1	233,6	47,1	129,4	-	420,0	237,2	48,7	134,0	-	430,5	239,7	51,8	138,9	-
3 = Nettowertschöpfung ¹	1 984,7	1 343,6	200,4	440,6	-157,9	2 045,5	1 387,4	205,5	452,5	-164,7	2 128,1	1 449,2	210,2	468,5	-165,7	2 223,6	1 522,1	213,6	487,7	-167,5
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 375,9	988,5	203,8	203,6	10,9	1 413,3	984,7	208,6	209,9	11,4	1 460,9	1 029,9	213,6	217,3	11,4	1 525,2	1 078,9	218,5	227,6	10,9
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben	19,0	9,8	0,1	9,2	-	19,2	9,4	0,1	9,7	-	19,4	9,5	0,1	9,8	-	19,5	9,6	0,1	9,8	-
6 + Empfangene sonstige Subventionen	24,2	22,3	0,3	1,6	-	23,1	21,3	0,2	1,6	-	24,0	22,3	0,2	1,6	-	26,9	25,2	0,2	1,6	-
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	613,9	387,7	-3,2	229,4	-188,8	636,2	404,6	-3,0	234,6	-176,1	671,8	432,1	-3,2	243,0	-177,0	705,9	458,8	-4,7	251,8	-178,4
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 377,6	-	1 377,6	9,2	1 415,3	-	1 415,3	9,4	1 415,3	9,4	1 462,9	-	1 462,9	9,4	1 527,1	-	1 527,1	-	1 527,1	9,0
9 – Geleistete Subventionen	24,6	-	24,6	-	5,6	24,9	-	24,9	-	5,6	24,8	-	24,8	-	24,7	-	24,7	-	24,7	5,6
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	298,3	-	298,3	-	6,3	303,5	-	303,5	-	6,2	309,5	-	309,5	-	316,5	-	316,5	-	316,5	8,4
11 – Geleistete Vermögenseinkommen	847,0	735,4	63,8	47,8	190,2	859,5	748,3	62,4	48,8	190,6	906,1	793,6	61,9	50,6	188,2	951,0	837,0	61,6	52,4	185,9
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	909,7	469,9	22,8	416,9	127,4	920,1	471,4	22,8	426,0	130,0	965,3	501,2	22,8	441,3	129,0	1 010,3	530,4	22,5	457,4	126,6
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 328,0	1 222,2	229,5	1 976,2	-221,6	2 390,7	1 277,7	236,0	2 027,0	-226,7	2 478,7	1 397,7	242,4	2 096,6	-224,2	2 584,1	1 522,2	248,0	2 183,9	-226,0
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	314,4	72,1	-	242,2	5,4	329,7	72,1	-	257,6	7,6	342,0	74,5	-	267,5	8,3	363,1	79,4	-	283,7	9,1
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	319,4	-	319,4	-	0,3	336,9	-	336,9	-	0,3	349,9	-	349,9	-	0,3	371,8	-	371,8	-	0,3
16 – Geleistete Sozialbeiträge	538,7	-	538,7	3,0	549,3	-	549,3	3,1	549,3	3,1	565,6	-	565,6	3,1	589,0	-	589,0	-	589,0	3,1
17 + Empfangene Sozialbeiträge	539,6	90,1	448,9	0,6	2,1	550,3	91,8	457,9	0,6	2,1	568,5	94,5	471,5	0,6	2,1	590,0	97,8	491,7	0,6	2,1
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen	485,3	54,4	430,3	0,6	0,4	495,9	54,9	440,5	0,6	0,4	508,4	54,9	452,9	0,6	0,4	525,9	55,4	469,9	0,6	0,4
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	479,0	-	479,0	6,7	489,6	-	489,6	6,8	489,6	6,8	501,9	-	501,9	6,9	519,4	-	519,4	-	519,4	6,9
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers	201,8	76,1	57,1	68,6	5,9	211,3	80,4	62,1	68,8	5,7	222,7	89,5	61,6	71,7	5,3	232,2	95,9	65,2	71,1	5,1
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	168,4	76,8	17,4	74,1	39,3	171,1	77,0	18,0	76,1	45,9	172,6	76,7	18,3	77,5	55,4	174,5	76,6	18,6	79,3	62,8
22 = verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 294,3	86,5	527,9	1 679,9	-187,9	2 352,4	89,1	546,4	1 716,9	-188,4	2 431,0	92,1	567,6	1 771,3	-176,5	2 529,7	95,9	595,0	1 838,7	-171,5
23 – Konsumausgaben	2 048,2	-	514,4	1 533,9	-	2 106,1	-	532,0	1 574,1	-	2 175,4	-	548,9	1 626,5	-	2 257,8	-	568,2	1 689,6	-
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-30,5	-	30,5	-	-	-30,9	-	30,9	-	-	-30,9	-	30,9	-	-	-30,9	-	30,9	-
25 = Sparen	246,0	56,1	13,5	176,5	-187,9	246,3	58,2	14,4	173,7	-188,4	255,6	61,2	18,7	175,7	-176,5	271,9	65,0	26,9	180,1	-171,5
26 – Geleistete Vermögenstransfers	37,8	3,9	27,8	6,1	3,5	36,2	4,2	25,7	6,3	3,1	35,7	3,9	25,4	6,4	3,1	35,3	3,7	25,2	6,5	3,1
27 + Empfangene Vermögenstransfers	36,0	16,9	10,5	8,6	5,4	34,9	15,0	10,7	9,1	4,5	34,3	15,2	10,8	8,4	4,4	34,0	14,9	10,9	8,2	4,4
28 – Bruttoinvestitionen	460,3	252,1	41,4	166,8	-	468,0	254,4	42,0	171,6	-	499,1	289,2	46,7	183,2	-	530,9	288,3	49,7	182,9	-
29 + Abschreibungen	402,1	230,8	46,0	125,3	-	410,1	233,6	47,1	129,4	-	420,0	237,2	48,7	134,0	-	430,5	239,7	51,8	138,9	-
30 – Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	-	0,5	-1,4	0,9	-	-	0,5	-1,4	0,9	-	-	0,5	-1,4	0,9	-	-	0,5	-1,4	0,9	-
31 = Finanzierungssaldo	186,0	47,3	2,3	136,5	-186,0	187,0	47,8	5,9	133,3	-187,0	175,2	40,1	7,5	127,6	-175,2	170,2	27,2	16,1	126,9	-170,2
nachrichtlich:																				
32 – verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 294,3	86,5	527,9	1 679,9	-187,9	2 352,4	89,1	546,4	1 716,9	-188,4	2 431,0	92,1	567,6	1 771,3	-176,5	2 529,7	95,9	595,0	1 838,7	-171,5
33 – Geleistete soziale Sachtransfers	328,1	-	328,1	-	340,4	-	340,4	-	340,4	-	351,9	-	351,9	-	365,9	-	365,9	-	365,9	-
34 + Empfangene soziale Sachtransfers	328,1	-	328,1	-	340,4	-	340,4	-	340,4	-	351,9	-	351,9	-	365,9	-	365,9	-	365,9	-
35 = verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 294,3	86,5	199,7	2 008,0	-187,9	2 352,4	89,1	205,9	2 057,3	-188,4	2 431,0	92,1	215,7	2 123,2	-176,5	2 529,7	95,9	229,2	2 204,6	-171,5
36 – Konsum ²	2 048,2	-	186,2	1 862,0	-	2 106,1	-	191,6	1 914,5	-	2 175,4	-	197,0	1 978,4	-	2 257,8	-	202,3	2 055,4	-
37 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-30,5	-	30,5	-	-	-30,9	-	30,9	-	-	-30,9	-	30,9	-	-	-30,9	-	30,9	-
38 = Sparen	246,0	56,1	13,5	176,5	-187,9	246,3	58,2	14,4	173,7	-188,4	255,6	61,2	18,7	175,7	-176,5	271,9	65,0	26,9	180,1	-171,5

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige(n) Welt. – ² Für den Sektor private Haushalte, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck Individualkonsum (einschließlich Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachtransfers).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Jahreswerte 2013, 2014 und 2015; eigene Prognose.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2013, 2014 und 2015

	2012	2013	2014	2015	2013		2014	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	1,1	0,6	0,6	0,7	0,6	0,6	0,6	0,7
Arbeitsvolumen	0,2	0,4	0,8	0,6	- 0,5	1,3	1,2	0,5
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	- 0,9	- 0,2	0,2	- 0,1	- 1,1	0,7	0,6	- 0,1
Produktivität ¹	0,4	0,0	1,0	1,4	0,2	- 0,1	0,5	1,5
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	0,7	0,4	1,8	2,0	- 0,3	1,1	1,7	2,0

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) in Mrd. Euro

Konsumausgaben	2 048,2	2 106,1	2 175,4	2 257,8	1 023,3	1 082,8	1 056,3	1 119,1
Private Haushalte ²	1 533,9	1 574,1	1 626,5	1 689,6	764,7	809,4	789,3	837,2
Staat	514,4	532,0	548,9	568,2	258,6	273,4	267,0	281,9
Anlageinvestitionen	470,6	472,3	500,8	531,7	221,0	251,3	235,3	265,5
Ausrüstungen	175,0	172,2	182,2	196,2	81,4	90,8	85,2	97,0
Bauten	266,1	270,2	287,5	303,3	125,3	144,9	135,2	152,3
Sonstige Anlageinvestitionen	29,4	30,0	31,1	32,1	14,3	15,6	14,9	16,2
Vorratsveränderung ³	- 10,3	- 4,3	- 1,8	- 0,8	4,6	- 9,0	6,4	- 8,2
Inländische Verwendung	2 508,5	2 574,1	2 674,5	2 788,6	1 248,9	1 325,2	1 298,0	1 376,5
Außenbeitrag	157,9	164,7	165,7	167,5	87,0	77,8	87,1	78,5
Exporte	1 381,0	1 379,4	1 437,9	1 508,5	683,7	695,8	708,6	729,3
Importe	1 223,1	1 214,7	1 272,3	1 341,0	596,7	618,0	621,5	650,8
Bruttoinlandsprodukt	2 666,4	2 738,8	2 840,1	2 956,1	1 335,8	1 403,0	1 385,2	1 455,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	2,5	2,8	3,3	3,8	2,5	3,2	3,2	3,4
Private Haushalte ²	2,4	2,6	3,3	3,9	2,1	3,1	3,2	3,4
Staat	3,0	3,4	3,2	3,5	3,6	3,3	3,3	3,1
Anlageinvestitionen	- 0,6	0,4	6,0	6,2	- 2,4	3,0	6,5	5,6
Ausrüstungen	- 3,4	- 1,6	5,8	7,7	- 4,5	1,1	4,7	6,8
Bauten	1,1	1,5	6,4	5,5	- 1,5	4,3	7,9	5,1
Sonstige Anlageinvestitionen	2,6	2,0	3,8	3,4	2,0	2,0	4,1	3,5
Inländische Verwendung	1,4	2,6	3,9	4,3	1,7	3,5	3,9	3,9
Exporte	4,5	- 0,1	4,2	4,9	- 1,1	0,8	3,7	4,8
Importe	3,1	- 0,7	4,7	5,4	- 1,8	0,4	4,2	5,3
Bruttoinlandsprodukt	2,2	2,7	3,7	4,1	1,9	3,5	3,7	3,7
<i>Nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:</i>								
Außenbeitrag	5,9	6,0	5,8	5,7	6,5	5,5	6,3	5,4

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2005)

a) in Mrd. Euro

Konsumausgaben	1 861,0	1 876,4	1 904,2	1 937,3	918,7	957,8	931,1	973,1
Private Haushalte ²	1 392,3	1 405,2	1 427,6	1 454,0	685,4	719,8	695,2	732,4
Staat	468,8	471,3	476,7	483,5	233,3	238,1	235,9	240,8
Anlageinvestitionen	431,3	428,6	447,9	467,8	200,2	228,4	210,1	237,8
Ausrüstungen	176,6	173,7	183,0	195,8	81,4	92,3	84,8	98,2
Bauten	220,5	219,7	228,3	234,7	102,3	117,3	107,8	120,5
Sonstige Anlageinvestitionen	32,7	33,6	35,3	36,7	15,8	17,8	16,7	18,6
Inländische Verwendung	2 288,9	2 307,3	2 356,6	2 409,7	1 130,0	1 177,3	1 153,8	1 202,8
Exporte	1 289,5	1 294,1	1 346,4	1 402,1	639,4	654,7	664,6	681,8
Importe	1 106,4	1 119,3	1 174,9	1 231,9	546,0	573,4	573,9	601,0
Bruttoinlandsprodukt	2 471,8	2 481,8	2 527,5	2 579,2	1 223,3	1 258,5	1 244,0	1 283,5

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	0,8	0,8	1,5	1,7	0,4	1,2	1,4	1,6
Private Haushalte ²	0,8	0,9	1,6	1,8	0,4	1,4	1,4	1,8
Staat	1,0	0,5	1,2	1,4	0,4	0,6	1,2	1,2
Anlageinvestitionen	- 2,1	- 0,6	4,5	4,4	- 3,4	2,0	4,9	4,1
Ausrüstungen	- 4,0	- 1,6	5,3	7,0	- 4,6	1,1	4,2	6,3
Bauten	- 1,4	- 0,4	3,9	2,8	- 3,3	2,4	5,3	2,7
Sonstige Anlageinvestitionen	3,4	3,0	4,9	4,2	2,6	3,3	5,3	4,4
Inländische Verwendung	- 0,3	0,8	2,1	2,3	- 0,1	1,7	2,1	2,2
Exporte	3,2	0,4	4,0	4,1	- 0,9	1,7	3,9	4,1
Importe	1,4	1,2	5,0	4,8	- 0,5	2,8	5,1	4,8
Bruttoinlandsprodukt	0,7	0,4	1,8	2,0	- 0,3	1,1	1,7	2,0

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2013, 2014 und 2015

	2012	2013	2014	2015	2013		2014	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2005=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	1,6	1,7	1,7	2,0	1,6	1,7	1,8	1,6
Konsumausgaben des Staates	2,0	2,9	2,0	2,1	3,2	2,6	2,1	1,9
Anlageinvestitionen	1,6	1,0	1,5	1,6	1,1	1,0	1,5	1,4
Ausrüstungen	0,7	0,0	0,5	0,6	0,1	-0,1	0,5	0,5
Bauten	2,4	1,9	2,4	2,6	1,9	1,9	2,5	2,3
Exporte	1,3	-0,5	0,2	0,7	-0,1	-0,8	-0,3	0,6
Importe	1,7	-1,8	-0,2	0,5	-1,3	-2,3	-0,9	0,5
Bruttoinlandsprodukt	1,5	2,3	1,8	2,0	2,3	2,3	2,0	1,7

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) in Mrd. Euro

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	1 976,2	2 027,0	2 096,6	2 183,9	993,3	1 033,7	1 026,3	1 070,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	251,0	256,0	264,6	280,1	124,0	132,0	127,8	136,8
Bruttolöhne und -gehälter	1 126,6	1 159,3	1 198,3	1 247,0	553,5	605,8	570,3	628,0
Übrige Primäreinkommen ⁴	598,6	611,7	633,7	656,8	315,8	296,0	328,2	305,5
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	351,8	363,7	382,1	400,2	162,3	201,4	169,9	212,2
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 328,0	2 390,7	2 478,7	2 584,1	1 155,6	1 235,1	1 196,2	1 282,5
Abschreibungen	402,1	410,1	420,0	430,5	204,3	205,9	209,0	211,0
Bruttonationaleinkommen	2 730,1	2 800,8	2 898,6	3 014,6	1 359,8	1 441,0	1 405,2	1 493,5
<i>nachrichtlich:</i>								
Volkseinkommen	2 054,3	2 112,1	2 193,9	2 292,3	1 018,7	1 093,4	1 056,4	1 137,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	676,6	696,8	731,0	765,1	341,1	355,7	358,3	372,7
Arbeitnehmerentgelt	1 377,6	1 415,3	1 462,9	1 527,1	677,5	737,7	698,1	764,8

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,2	2,6	3,4	4,2	2,2	3,0	3,3	3,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,8	2,0	3,4	5,9	2,1	1,9	3,0	3,7
Bruttolöhne und -gehälter	4,2	2,9	3,4	4,1	3,1	2,7	3,0	3,7
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,9	2,1	2,7	3,2	2,2	2,0	2,4	3,0
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,5	2,2	3,6	3,6	0,6	3,9	3,9	3,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-2,9	3,4	5,1	4,7	1,5	5,0	4,7	5,3
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2,2	2,7	3,7	4,3	2,1	3,3	3,5	3,8
Abschreibungen	2,8	2,0	2,4	2,5	1,7	2,3	2,3	2,5
Bruttonationaleinkommen	2,3	2,6	3,5	4,0	2,0	3,1	3,3	3,6
<i>nachrichtlich:</i>								
Volkseinkommen	2,1	2,8	3,9	4,5	2,2	3,4	3,7	4,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-1,4	3,0	4,9	4,7	1,0	5,0	5,0	4,8
Arbeitnehmerentgelt	3,9	2,7	3,4	4,4	2,9	2,6	3,0	3,7

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte²

a) in Mrd. Euro

Masseneinkommen	1 141,1	1 168,8	1 203,2	1 250,1	563,1	605,7	576,9	626,2
Nettolöhne und -gehälter	751,9	771,3	796,1	828,5	364,0	407,2	375,1	421,0
Monetäre Sozialleistungen	479,0	489,6	501,9	519,4	245,3	244,3	249,1	252,8
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	89,8	92,0	94,9	97,8	46,2	45,8	47,3	47,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	598,6	611,7	633,7	656,8	315,8	296,0	328,2	305,5
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	-59,8	-63,7	-65,5	-68,1	-31,7	-32,0	-32,5	-33,0
Verfügbares Einkommen	1 679,9	1 716,9	1 771,3	1 838,7	847,2	869,7	872,6	898,7
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	30,5	30,9	30,9	30,9	15,2	15,7	15,2	15,7
Konsumausgaben	1 533,9	1 574,1	1 626,5	1 689,6	764,7	809,4	789,3	837,2
Sparen	176,5	173,7	175,7	180,1	97,7	76,0	98,5	77,2
Sparquote (%) ⁶	10,3	9,9	9,7	9,6	11,3	8,6	11,1	8,4

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	3,0	2,4	2,9	3,9	2,5	2,4	2,5	3,4
Nettolöhne und -gehälter	3,9	2,6	3,2	4,1	2,6	2,6	3,0	3,4
Monetäre Sozialleistungen	1,2	2,2	2,5	3,5	2,5	1,9	1,6	3,5
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	0,6	2,5	3,1	3,1	3,1	1,8	2,4	3,9
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,5	2,2	3,6	3,6	0,6	3,9	3,9	3,2
Verfügbares Einkommen	2,3	2,2	3,2	3,8	1,5	2,9	3,0	3,3
Konsumausgaben	2,4	2,6	3,3	3,9	2,1	3,1	3,2	3,4
Sparen	1,6	-1,6	1,2	2,5	-2,9	0,1	0,8	1,6

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2013, 2014 und 2015

	2012	2013	2014	2015	2013		2014	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁷

a) in Mrd. Euro

Einnahmen								
Steuern	617,7	640,4	659,4	688,3	321,1	319,3	330,1	329,4
Sozialbeiträge	448,9	457,9	471,5	491,7	223,1	234,8	228,9	242,5
Vermögenseinkommen	22,8	22,8	22,8	22,5	12,6	10,2	12,9	9,9
Sonstige Transfers	17,4	18,0	18,3	18,6	8,6	9,5	8,7	9,6
Vermögenstransfers	10,5	10,7	10,8	10,9	5,1	5,6	5,2	5,6
Verkäufe	76,1	77,8	79,3	81,0	37,2	40,7	37,9	41,4
Sonstige Subventionen	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
insgesamt	1 193,8	1 227,9	1 262,3	1 313,2	607,7	620,2	623,7	638,6
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	344,1	357,4	369,3	383,9	173,3	184,1	179,1	190,2
Arbeitnehmerentgelt	203,8	208,6	213,6	218,5	100,3	108,3	102,7	110,9
Vermögenseinkommen (Zinsen)	63,8	62,4	61,9	61,6	30,8	31,6	30,5	31,4
Subventionen	24,6	24,9	24,8	24,7	12,2	12,6	12,2	12,6
Monetäre Sozialleistungen	430,3	440,5	452,9	469,9	220,6	219,9	224,5	228,4
Sonstige laufende Transfers	57,1	62,1	61,6	65,2	34,2	27,9	33,8	27,8
Vermögenstransfers	27,8	25,7	25,4	25,2	9,5	16,2	9,6	15,8
Bruttoinvestitionen	41,4	42,0	46,7	49,7	17,1	24,8	19,4	27,2
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,4	- 1,4	- 1,4	- 1,4	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 0,7
insgesamt	1 191,5	1 222,1	1 254,8	1 297,1	597,5	624,6	611,1	643,6
Finanzierungssaldo	2,3	5,9	7,5	16,1	10,3	- 4,4	12,6	- 5,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen								
Steuern	4,2	3,7	3,0	4,4	3,7	3,6	2,8	3,2
Sozialbeiträge	2,7	2,0	2,9	4,3	2,4	1,6	2,6	3,3
Vermögenseinkommen	- 11,5	- 0,1	0,0	- 1,2	3,5	- 4,3	2,5	- 3,2
Sonstige Transfers	4,9	3,5	1,6	1,6	5,7	1,6	1,6	1,6
Vermögenstransfers	1,1	2,2	0,5	0,9	10,1	- 4,2	0,4	0,5
Verkäufe	2,5	2,3	1,9	2,1	3,9	0,8	2,0	1,8
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-	-
insgesamt	3,2	2,9	2,8	4,0	3,3	2,4	2,6	3,0
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	3,0	3,9	3,3	3,9	4,4	3,4	3,3	3,4
Arbeitnehmerentgelt	2,2	2,3	2,4	2,3	2,4	2,3	2,4	2,4
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 2,8	- 2,2	- 0,7	- 0,5	- 3,5	- 1,0	- 0,8	- 0,6
Subventionen	- 9,3	0,9	- 0,4	- 0,4	2,6	- 0,7	- 0,4	- 0,4
Monetäre Sozialleistungen	1,1	2,4	2,8	3,8	2,6	2,1	1,7	3,9
Sonstige laufende Transfers	6,2	8,8	- 0,8	5,9	11,9	5,1	- 1,3	- 0,3
Vermögenstransfers	- 9,2	- 7,4	- 1,3	- 1,0	- 9,6	- 6,1	0,4	- 2,3
Bruttoinvestitionen	- 5,2	1,5	11,2	6,4	1,3	1,7	13,4	9,7
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-	-
insgesamt	1,1	2,6	2,7	3,4	3,0	2,2	2,3	3,0
<i>Nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:</i>								
Finanzierungssaldo des Staates	0,1	0,2	0,3	0,5	0,8	- 0,3	0,9	- 0,3

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

⁴ Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.

⁶ Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH, ab 4. Quartal 2013: Prognose des IWH.